Bericht über einen Jugendlichen in der DDR S. 5 1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 29 vom 19. Juli 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Polizeiterror in Frankfurt

Giftgas gegen Kinder

Die Stadt Frankfurt hat in diesem Sommer an verschiedenen Plätzen eine sogenannte „Spielplatzaktion" eingerichtet: Dort sollen Sozialarbeiter und Studenten einige der in den Ferien zu Hause gebliebenen Kinder beaufsichtigen. Was es mit dieser „Fürsorge" der Stadt gegenüber den Kindern auf sich hat, zeigt das Beispiel des Spielplatzes in der Marburger Straße im Frankfurter Stadtteil Bockenheim. Eine Genossin aus Frankfurt berichtet:

Um auf den Spielplatz zu kommen, müssen die Kinder die verkehrsreiche Marburger Straße überqueren. Allein in den letzten drei Monaten wurden hier zwei Kinder angefahren und schwer verletzt. Die Kinder, die dort spielen, berichten, daß sie fast alle schon einmal „beinahe" überfahren wurden. Vor kurzem, Ende Juni, wurde erneut ein Kind angefahren, der 7jährige Evangellos Taktakis. Er liegt heute noch in einem Krankenhaus.

Die Eltern der Kinder sind über diese Zustände sehr empört. Eine 65jährige Frau, deren Enkelin auch auf dem Spielplatz spielt: „Hier geht es doch um die Kinder. Und da kann man nicht einfach zusehen. Da hat man doch Verantwortung."

Die Stadt unternahm aber nichts, um die Forderung der Anwohner nach einer Sperrung der Straße oder wenigstens einer rigorosen Geschwindigkeitsbegrenzung zu erfüllen. Sie beließ es dabei, daß die Kinder nur unter Lebensgefahr den einzigen Spielplatz in ihrer Nähe erreichen konnten. Deshalb forderten die Anwohner schließlich die Betreuung des Spielplatzes auf, etwas zu unternehmen, „damit in dieser Straße nicht noch mehr Kinder unter die Räder kommen", wie eine Frau aus der Marburger Straße sagte.

Eine neugegründete Initiative „Spielplatzaktion" sammelte daraufhin innerhalb von zwei Tagen etwa 150 Unterschriften von Anliegern und anderen Eltern, die sich dafür einsetzten, daß die Marburger Straße entweder ganz oder für den Durchgangsverkehr gesperrt wird oder aber das Durchfahren nur mit einer Höchstgeschwindigkeit von 10 km/Std. gestattet sein soll, um weitere Unfälle mit Kindern zu vermeiden.

Auch die Kinder und Sozialarbeiter begannen, etwas zu unternehmen:

Sie beschlossen, für eine halbe Stunde eine symbolische Straßensperrung durchzuführen. Dazu bereiteten sie hektographierte Flugblätter vor und malten Plakate und Schilder. Um 16.15 Uhr am 3. 7. begannen sie mit der Sperrung. Sie spannten eine Wäscheleine über die Straße. Wie Anwohner berichteten, soll es dabei zu keinerlei Verkehrsstörungen gekommen sein. Die Kinder hingen sich die von ihnen bemalten bunten Schilder um und verteilten die Flugblätter, auf denen stand:

„Am letzten Freitag ist hier an unserem Spielplatz das 3. Kind innerhalb von drei Monaten angefahren worden. Deshalb sperren wir die Marburger Straße."

Die angehaltenen Autofahrer zeigten Verständnis für die Aktion der Kinder und auch die Umstehenden drückten ihre Sympathie aus.

Dann erschien auf einmal ein Polizeiauto. Der Polizist forderte die Kinder auf, die Wäscheleine zu entfernen. Als die Kinder nicht darauf reagierten, versuchte er, die Wäscheleine selbst abzuknüpfen, was die Kinder aber zu verhindern wußten, indem sie an der gegenüberliegenden Seite die Kordel straff zogen, so daß er den Knoten nicht lösen konnte! Nach einer halben Stunde beendeten die Kinder wie geplant die Sperrung und räumten die Straße.

Jetzt erst — **nach Beendigung der Sperre** — tauchten Polizeiwagen auf, aus denen etwa 20 Polizisten stiegen. **Ohne ersichtlichen Grund, (die Sperrung war ja bereits beendet), gingen sie plötzlich mit der sogenannten chemischen Keule auf die Kinder und Erwachsenen los! Diese chemische Keule ist eine Waffe, eine besondere Art Pistole, bei der Tränengas mit ungeheurer Wucht auf einem Wasserstrahl transportiert wird. Diese Waffe setzten die Polizisten brutal gegen die Kinder ein:**

Der 10jährige Panagiotis Michalopoulus: „Mich haben sie in beide Augen gespritzt." Tonio Martino (11) fühlte plötzlich ein Brennen auf der Haut, wie wenn man „in Brennesseln fällt". Reiner-Bernhard Emmrich hatte zwei Stunden lang Schmerzen im rechten Au-

Fortsetzung auf Seite 10



13 dieser Kinder wurden zum Teil schwer verletzt.

Rabin in Bonn

Millionenkredite für zionistische Verbrechen

In der letzten Woche war der oberste Chef des israelischen Zionistenregimes, Ministerpräsident Rabin, in Bonn. Wie immer wenn die israelischen Zionisten kommen, verlangte auch er weitere Unterstützung für die israelische Aggressionspolitik gegen die arabischen Völker und insbesondere gegen das palästinensische Volk. Um möglichst viel herauszuschlagen und zugleich die wachsende Verachtung in unserem Volk gegen die israelischen Zionisten zu bremsen, spielte Rabin seine Reise als „geschichtliches Ereignis hoch. Es ist das erstemal, daß ein israelischer Ministerpräsident in die Bundesrepublik käme, und es diene der Verbesserung der Beziehungen, die durch die Verbrechen des Hitlerfaschismus an Juden getrübt seien.

Mit offener Hand behauptete Rabin gleich zu Beginn seiner Reise durch Westdeutschland, daß „eine tiefe moralische Verpflichtung aus der Vergangenheit" gegenüber dem Staat Israel bestehe. Israel sei zu verstehen als einziger Staat aller Juden und könne somit auch für alle Juden sprechen. Der Zweck dieser frechen Reden ist offensichtlich: Unser Volk soll wegen der Verbrechen der Hitlerfaschisten an Juden nun die israelischen Zionisten bei ihren Verbrechen an den arabischen Völkern unterstützen. So begab sich Rabin demagogisch in das ehemalige Konzentrationslager der Hitlerfaschisten Bergen-Belsen, um sich selbst und seinem Regime einen antifaschistischen Anstrich zu geben. Dieses Vorgehen ist wirklich unverschämte Demagogie, die auf die antifaschistischen Gefühle unseres Volkes spekuliert, um sie für die Verbrechen der Zionisten in Tel Aviv zu gewinnen.

Eben derselbe Rabin, der mit Trauermine vor den Gräbern der Opfer des Hitlerfaschismus posiert, hat keine 48 Stunden vorher noch selbst eine der seit langem grausamsten und übelsten faschistischen Vernichtungsaktion gegen palästinensische Flüchtlingslager im Libanon befehligt. Während zahlreiche israelische Truppen die Grenze zum Libanon überschritten, bombardierten und beschossen zugleich Flugzeuge und Kriegsschiffe der israelischen Zionisten die Lager, in denen dicht gedrängt zehntausende Menschen leben, sowie mehrere Dörfer. Eben derselbe Rabin, der sich angeblich erschüttert über das Vorgehen der SS-Horden berichten läßt, ist es auch, der Mordkommandos des zionistischen Geheimdienstes Mossad in den Libanon schickt, zuletzt am 11. Juni, um dort z. B. führende Palästinenser der Volksfront für die Befreiung Palästinas mit Maschinengewehrfeuer und Sprengstoffladungen aus dem Hinterhalt umzubringen.

Wie die Hitlerfaschisten die Juden behandelten, so geht die israeli-

Fortsetzung auf Seite 7

Nach Streik bei Dynamit-Nobel

Erneut 15 türkische Kollegen abgeschoben

Wie bereits mehrfach berichtet, wurden bei einem Streik türkischer Kollegen von Dynamit Nobel gegen die Entlassung von 19 Arbeitern 28 Türken verhaftet. Trotz vieler Proteste und Solidaritätsaktionen wurden am 7. Juli erneut 15 der Verhafteten ohne Benachrichtigung der Angehörigen und der Rechtsanwälte abgeschoben. Jetzt sind noch 3 der türkischen Kollegen im Gefängnis. Auch ihnen droht die Abschiebung.

Inzwischen wurden auch Einzelheiten über die Behandlung der Kollegen im Gefängnis bekannt. Jeder Mörder wird besser behandelt. Die Kollegen waren von Gemeinschaftsveranstaltungen wie Fernsehen ausgeschlossen. Bücher und Zeitungen erhielten sie nur sehr verspätet, teilweise überhaupt nicht. Statt der üblichen 10 Minuten gab es für gefangene Arbeiterinnen nur 5 Minuten warmes Wasser zum Duschen. Die Kollegen, die mit einem Hungerstreik gegen ihre Gefangenschaft und die geplante Abschiebung kämpften, sollten zur Aufgabe erpreßt werden, indem ihnen auch keine warmen Getränke, sondern nur kaltes Wasser gegeben wurde. **Der Gefängnisarzt stellte sie sogar vor die Alternative, entweder zu essen oder er würde sie nicht ärztlich behandeln.**

Viele der abgeschobenen türkischen Kollegen haben ihre Angehörigen noch in der Bundesrepublik. Z. B. wurde der Mann einer Kollegin abgeschoben, die 4 Kinder hat und selbst seit 2 Wochen arbeitslos ist.

Fortsetzung auf Seite 6

AUS DEM INHALT

Solidaritätsresolution der RHD . . . 2
Von „Aufschwung" kann keine Rede sein . . . 2
100 000 Kollegen zum Bettlerdasein verurteilt . . . 2
BASF: Kurzarbeit für 10 000 Kollegen geplant . . . 3
Arbeiterkorrespondenzen . . . 3
Die Gesundheit der Arbeiter wird ruiniert . . . 4
GRF (KPD) korrigiert falsche Losung . . . 5
Westberlin: Aktion gegen US-Besatzer . . . 6
Polizeiüberfall auf Studenten . . . 6
Kommunistischer Heimleiter entlassen . . . 7
Prof. Sigrist droht Berufsverbot . . . 7
Das indische Volk wird siegen! . . . 8
Weltfrauenkonferenz in Mexiko beendet . . . 8
Die Völker Brasiliens und Kolumbiens sind Brudervölker! . . . 9
Es lebe der siegreiche Kampf der Völker für nationale Unabhängigkeit. 9

Solidaritätsresolution der Roten Hilfe Deutschlands

An den „Roten Morgen"
An das ZK der KPD/ML
An die angeklagten Genossen

Genossen!

Anläßlich der jetzt beginnenden Prozeßwelle gegen Verleger und Redakteure des „Roten Morgen" versichert die Rote Hilfe Deutschlands Euch und Eurer Partei ihre kämpferische Solidarität. Wir werden entschlossen an Eurer Seite kämpfen, um diesen Angriff auf die kommunistische Presse zurückzuschlagen. Wir werden uns bemühen, die Solidarität der Werktätigen zu wecken, damit dieser Anschlag ein Schlag ins Wasser für den Feind wird. Wir werden sammeln, damit es der Bourgeoisie nicht gelingt, Euch finanziell zu ruinieren.

„Meinungsfreiheit, Pressefreiheit" gibt es nur für die Bourgeoisie und ihre bezahlten Schreiberlinge. Für die Kommunisten und das werktätige Volk steht sie nur auf dem Papier. Die Verfahren gegen 21 Ausgaben des „Roten Morgen", die Strafbefehle über 25 400 DM beweisen dies deutlich. Die Bourgeoisie fürchtet die Wahrheit, sie fürchtet die revolutionären Ideen des Marxismus-Leninismus, ihre Verbreitung unter dem werktätigen Volk. Deshalb will sie mit dieser Prozeßlawine die Stimme der KPD/ML, den „Roten Morgen" zum Schweigen bringen und Schritt für Schritt in die Illegalität drängen. Die Zahl der Prozesse beweist, wie sehr der „Rote Morgen" den Herrschenden ein Dorn im Auge ist.

Wir wissen, diese Unterdrückungsmaßnahmen beschränken sich nicht allein auf den „Roten Morgen", sie sollen vor allem die Partei treffen und sie kriminalisieren. Genauso macht es die Bourgeoisie mit der Roten Hilfe und anderen revolutionären Organisationen.

Doch wir wissen, wer eine gerechte Sache vertritt, der wird auch Unterstützung unter dem werktätigen Volk gewinnen, es liegt an uns, die Solidarität der werktätigen Massen zu organisieren.

FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE PRESSE!

FREISPRUCH FÜR DIE ANGEKLAGTEN GENOSSEN!

HÄNDE WEG VOM ROTEN MORGEN!

SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN – SCHAFFT ROTE HILFE!

Mit Rote-Hilfe-Gruß!
Zentrale Leitung der Roten Hilfe Deutschlands.



Am 15. 7. 75 beginnt in Dortmund vor dem Amtsgericht ein Prozeß gegen die Genossen Gernot Schubert, Verleger des ROTEN MORGEN und Dieter Stoll, ehemaliger verantwortlicher Redakteur des ROTEN MORGEN. Die Genossen stehen vor Gericht wegen der ROTEN MORGEN Nr. 25 und 26 und eines zentralen Flugblattes der Partei mit dem Titel „Das ist brutaler, barbarischer, heimtückischer Mord", für das Genosse Dieter Stoll presserechtlich verantwortlich zeichnete.

Die Partei hat zur Prozeßwelle gegen den ROTEN MORGEN ein zentrales Flugblatt herausgegeben. Die RHD unterstützt den Kampf gegen die Angriffe auf den ROTEN MORGEN mit einem Flugblatt und Spendensammlungen. Auf einem Treffen mit Kollegen des Krankenhauses, in dem Genosse Dieter und Genossen der GRF (KPD) arbeiten, wurde eine Solidaritätsresolution verabschiedet und 40 DM für die Prozeßkosten gespendet. Einige von ihnen und eine Reihe anderer Freunde der Partei versprachen, zum Prozeß und zur Veranstaltung der Partei am Abend des ersten Prozeßtages zu kommen. Mehrere Sympathisanten der Partei beschlossen, in die Rote Hilfe Deutschlands einzutreten.

Deine scharfe Waffe ROTER MORGEN

SPENDENAUFRUF

Strafbefehle in einer Gesamthöhe von 25 400 DM ergingen allein im Jahr 1974 gegen den ROTEN MORGEN. Fast alle diese Strafbefehle sind gekoppelt mit der Anordnung, den ROTEN MORGEN einzuziehen. Die Partei wird gegen diese Angriffe auf den ROTEN MORGEN, auf die kommunistische Agitation und Propaganda kämpfen, auch im Gerichtssaal. Aber diese Prozesse zu führen, kostet viel Geld. Aber nicht nur Rechtsanwälte, Gerichtskosten usw. müssen bezahlt werden. Um diese Prozesse zu einem Bumerang für die Bourgeoisie zu machen, ist es notwendig, mit Flugblättern, Veranstaltungen usw. die Werktätigen zu informieren, sie zur Solidarität aufzurufen. Auch diese Agitation und Propaganda muß bezahlt werden.

Wir bitten deshalb alle Leser des ROTEN MORGEN:
Unterstützt Eure Zeitung durch Spenden!
Verstärkt die finanzielle Unterstützung des ROTEN MORGEN!

Verlag G.Schubert

Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06-466
oder Stadtsparkasse Dortmund Nr.321 004 393

Von "Aufschwung" keine Rede mehr

Noch bei den Landtagswahlen in NRW hieß es auf den Wahlplakaten der SPD: „Den Aufschwung wählen!" Jetzt rechnet Bundesfinanzminister Apel mit einem Ansteigen der Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten auf über 1,5 Millionen. „Sicherheit der Arbeitsplätze hat Vorrang" tönte die Bundesregierung Ende 1974, als sie ihr sogenanntes Konjunkturprogramm verabschiedete. Ende Juni ist das Bonner Konjunkturprogramm jetzt ausgelaufen, aber von der „Sicherheit der Arbeitsplätze" ist inzwischen keine Rede mehr.

Ständig werden in Bonn neue Losungen und Schlagworte ausgegeben, die alle nur ein Ziel haben: Sie sollen die werktätigen Menschen täuschen, sollen ihnen vorgaukeln, es lohne sich nicht, gegen die wachsende Verelendung zu kämpfen, weil der „Aufschwung", die Besserung der wirtschaftlichen Lage, ohnehin vor der Tür stände. Da treten „unabhängige" Gutachter und wirtschaftswissenschaftliche Institute auf, die „beweisen" sollen, daß es mit der kapitalistischen Wirtschaft aufwärtsgeht. Aber schon nach einigen Wochen stellt sich dann heraus: alles Lüge. So wurde noch im Frühjahr ein Wirtschaftswachstum für das Jahr 1975 von 2% prophezeit. In Wirklichkeit läuft es jetzt auf einen Rückgang von 2% hinaus.

Mit diesem Gemisch aus hohlen Phrasen und offenen Lügen sollen die arbeitenden Menschen hingehalten und betrogen werden. Sie sollen nicht erkennen, daß es sich nicht darum handelt, daß aufgrund irgendwelcher unglückseliger Umstände eine wirtschaftliche Flaute eingetreten ist, sondern daß das kapitalistische System ohne sich ständig verschärfende Krisen undenkbar ist, daß die wachsende Verelendung der werktätigen Massen ein Gesetz des Kapitalismus ist. Und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist ein Anzeichen für diese wachsende Verelendung der Arbeiterklasse. Man erinnere sich nur: Ende 1973 – zu Beginn der gegenwärtigen Wirtschaftskrise – hieß es, 500 000 Arbeitslose seien die Alarmschwelle. Jetzt aber schwanken die Prognosen für die kommenden Monate zwischen 1,5 und 2 Millionen.

Aber die letzten Wochen schafften auch über die Aufgaben der Bonner Regierung mehr Klarheit. Sie sind der geschäftsführende Ausschuß der Kapitalistenklasse. **Mit Lügen und Versprechungen sollen sie die Arbeiterklasse so lange wie möglich hinhalten. Dort aber, wo die Arbeiterklasse diese Manöver der Regierung durchschaut, wo sie den Kampf gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage aufgenommen hat wie die Heidelberger Bevölkerung im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen, versucht sie diesen Widerstand des kämpfenden Volkes mit brutalstem Terror zu brechen.**

Nicht irgendwelche Wirtschaftsprogramme der Regierung können die wachsende Verelendung der Arbeiterklasse abschaffen, nur der Sturz des Kapitalistenstaates durch die proletarische Revolution, die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse schaffen die Bedingungen für eine planvolle Entwicklung der Wirtschaft, für ein gesichertes Leben der Werktätigen.

100 000 Kollegen zum Bettlerdasein verurteilt

Ob „Bild", „Spiegel" oder andere Blätter – sie alle haben eine neue Darstellung der Lage der Arbeitslosen entdeckt: Der arbeitslose Kollege, der faul in der Sonne sitzt, viel auf Reisen geht und alle Tricks versucht, um ja nicht wieder arbeiten zu müssen – hat er doch genug Geld durch die Arbeitslosenunterstützung. Wie schwer hingegen haben es da die Millionäre: „Bild" wußte neulich von einem zu berichten, der an Überarbeitung gestorben sei. Wie gut haben es doch da unsere Arbeitslosen!

Wer nicht nur diese Lügenblätter der Bourgeoisie liest, sondern die Wirklichkeit vor und in den Arbeitsämtern kennt, kann da nur wütend die Faust ballen. In Bochum zum Beispiel oder auch in anderen Städten, da stehen viele Kollegen schon morgens um sieben vor dem Arbeitsamt. Sie kommen so früh, um das Letzte zu versuchen: Ihre Arbeitskraft für drei, vier Mark die Stunde an Sklavenhändler zu verkaufen, die sich morgens dort für den Tag wie auf dem Sklavenmarkt die kräftigsten und billigsten Arbeiter heraussuchen. Da stehst du dann und überlegst hin und her, ob du auf die Niedertracht eingehen sollst oder mit nichts wieder nach Hause gehst. Und wieviele Kollegen, die ihre letzte Hoffnung in diesem Sklavenmarkt sehen, weil sie jede Mark dringend brauchen, müssen resigniert nach Hause gehen und Frau und Kindern berichten, daß es wieder nichts war.

Der „Spiegel" hingegen weiß unter der Überschrift „Geld hamma, Zeit hamma", daß die arbeitslosen Kollegen sich in Italien oder Spanien im Mittelmeer tummeln und ihr Geld verjubeln. Wie aber ist es denn mit dem Urlaub der arbeitslosen Kollegen?

Hat eine Arbeiterfamilie am Jahresanfang bereits für den Sommer die Reise gebucht und von dem Ersparten des letzten Jahres auch schon bezahlt, der Familienvater aber kurz vor der Reise arbeitslos wird, so muß er praktisch die Reise platzen lassen. Fährt er dennoch, ohne das dem Arbeitsamt zu melden, wird ihm sein weiteres Arbeitslosengeld erheblich gekürzt. Meldet er dort aber seine Reise, so erhält er während dieser Zeit keinen einzigen Pfennig Arbeitslosengeld – wovon also hinterher leben? Das ist die Wirklichkeit!

Immer mehr arbeitslose Kollegen müssen wie Bettler von der Fürsorge leben, ja werden vom Staat verpflichtet, sich bei den nächsten Verwandten den Lebensunterhalt zusammenzubetteln, werden auf den Ämtern zu „Sozialfällen" gestempelt. Waren es Anfang 74 noch 20 000 arbeitslose Kollegen, so sind es inzwischen, Ende Juni, über 100 000 Kollegen, die von der Fürsorge leben müssen. Und die Zahl wird weiter steigen. Denn spätestens nach einem Jahr Arbeitslosigkeit – zumeist aber bereits nach einem halben Jahr – gibt es kein Arbeitslosengeld mehr, das 68% des letzten Nettolohnes beträgt, sondern nur noch Arbeitslosenhilfe, die im seltenen Höchstfall 58% beträgt.

Allein die Arbeitslosenhilfe zu bekommen ist schon schwierig genug. Da muß man nicht nur nachweisen, welche Familienangehörigen noch im Haushalt leben, sondern auch, welche nächsten Angehörigen (Kinder, Enkel, Eltern, Großeltern usw.) wieviel verdienen. Und wenn dann ein Familienangehöriger mehr als 300 DM verdient und mit im Haushalt lebt, so wird sein Verdienst über 300 DM dem arbeitslosen Kollegen von der Arbeitslosenhilfe abgezogen. **Bekommt z.B. ein Arbeitsloser 700 DM Arbeitslosenhilfe, seine Frau aber verdient noch 1 000 DM monatlich, so werden ihm 700 DM abgezogen – es bleibt ihm nichts. Die Verwandten also – von der Frau bis zur Großmutter und bis zum Enkel, haben das Arbeitslosengeld auf-**

Fortsetzung auf Seite 3

Kurz berichtet

BREMEN

Am 14. 6. 75 veranstalteten Genossen der Roten Garde und der Partei in Bremen einen revolutionären Kulturabend. Zu dem revolutionären Kulturabend, der unter freiem Himmel im proletarischen Parzellen-Gebiet in Bremen-Walle stattfand, kamen ca. 10 neue jugendliche Kollegen. Auch bei den Anwohnern stieß die Veranstaltung auf großes Interesse.

WESTBERLIN

Nach dreimonatiger Arbeit im Stadtteil erschien in Westberlin die erste Nummer der Stadtteilzeitung „Rotes Moabit" der Stadtteilzelle Moabit der Roten Garde. Die erste Nummer beschäftigt sich vor allem mit dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit.



KARLSRUHE

Am 1. Juli ist der ROTE MORGEN neun Jahre alt geworden. Die Genossen aus Karlsruhe haben aus diesem Anlaß beschlossen, 9 mal hintereinander eine Verkaufsaktion durchzuführen. Ihr Ziel ist es, den regelmäßigen Verkauf des ROTEN MORGEN um 50% zu steigern.

MARBURG

Am 26. 6. 75 fand in Marburg eine gemeinsame Veranstaltung der KPD/ML und der Roten Hilfe Deutschlands zum ersten Todestag des Genossen Günter Routhier statt. Diese Veranstaltung war einige Tage vorher in der Lokalzeitung angekündigt worden. Die Anwesenden verabschiedeten einen gemeinsamen Brief an Rotraud Routhier, die Frau des Genossen Günter. Es wurden 130 DM zur Unterstützung der Genossen gesammelt, die wegen der Verbreitung der Wahrheit über die Ermordung des Genossen Günter vor Gericht stehen.

HAMBURG

Am 4. 7. 75 fand in Hamburg-Altona ein Arbeitertreff zum Unabhängigkeitstag der Kapverdischen Inseln statt. Rund 60 Teilnehmer, darunter zwei kapverdianische Arbeiter, hörten ein Referat über den Befreiungskampf der Völker von Guinea-Bissao und den Kapverden, revolutionäre Lieder von den Kapverden und eine Grußadresse der kapverdianischen Kollegen. Die Sammlung des Abends erbrachte 202 DM. Sie sollen der Unterstützung einer Radiostation dienen. Diese Radiostation verbreitete einstmals die Lügen der portugiesischen Kolonialisten, bis das Volk der Kapverden die Station besetzte und den Sender zu einem Sprachrohr des Volkes und seiner Partei, der PAIGC, machte.

Der gesammelte Betrag wurde im Anschluß an eine Grußadresse der Partei am 5. 7. 75 auf einer Veranstaltung der Amilca-Cabral-Gesellschaft und der Liga gegen den Imperialismus an Vertreter der Kapverdianer in Hamburg übergeben.

LÜBECK

Lübecker Genossen haben für den Rotgardisten Sascha in 1 1/2 Stunden 14 Unterschriften und 21,50 DM gesammelt. Weitere Unterschriften kamen beim wöchentlichen RM-Verkauf dazu. Die GRF (KPD) hat sich ebenfalls mit ihrer Unterschrift für die Einbürgerung des Genossen Sascha eingesetzt.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Westberlin 36. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,- DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Prozeß gegen Roten Betriebsrat

Mannesmann hatte sich das anders vorgestellt

Anfang Juli fand die erste Verhandlung im Arbeitsgerichtsprozeß des entlassenen Roten Betriebsrats Uwe B. gegen die Mannesmann-Kapitalisten in Düsseldorf statt. Um einen Grund zu haben, den Roten Betriebsrat zu entlassen, der von 20% seiner Kollegen gewählt war, hatten sich die Mannesmann-Bosse erpresserische Methoden ausgedacht. Sie drohten zwei Lehrlingen mit Entlassung, wenn sie nicht zugeben würden, daß Genosse Uwe sie zu einer Unterschriftensammlung aufgerufen hätte.

Vor der Frühschicht am Tag des Prozesses las man große Parolen an den Wänden des Hauptgebäudes von Mannesmann, auch Plakate waren geklebt. Gefordert wurde die sofortige Wiedereinstellung des Roten Betriebsrats und es wurde aufgerufen, zum Prozeß zu kommen. Ein Werkschutzwagen kurvte um das Firmengelände und suchte die Wohnviertel der Mannesmann Arbeiter ab.

Verteiler des „Roten Schraubstocks", der Betriebszeitung der KPD/ML bei Mannesmann in Düsseldorf und Passanten wurden kontrolliert, einige wurden vom Werkschutz und der Polizei festgenommen und zur Identifizierung weggefahren. Einem Verteiler drehten Werkschutzangehörige die Arme im Polizeigriff auf den Rücken, als er in seinen Wagen steigen wollte. Sie rissen ihm die Flugblätter aus der Hand, warfen sie in den Dreck und trampelten triumphierend darauf herum. Über Funk riefen sie schnell die Polizei. Der Genosse protestierte gegen diesen Terror, da nahm ein Polizist einen Stapel Roter Morgen, die er aus dem Wagen des Genossen holte und warf sie ihm ins Gesicht.

Die Mannesmann-Kapitalisten waren auf die Flugblattverteilung vorbereitet. Sie wollten die Verteilung verhindern, damit die Solidarität mit dem Roten Betriebsrat so gering wie möglich bleiben sollte und sie wollten verhindern, daß die Kollegen von dem Prozeß erfahren würden, damit keiner hingehen könnte. Aber mehrere Kollegen machten ihnen einen Strich durch die Rechnung. Einige sprachen sich ab und gingen zum Prozeß. Auch konnten Werkschutz und Polizei nicht verhindern, daß Flugblätter in den Betrieb kamen und der Terror vor dem Tor Gesprächsthema Nummer eins an diesem Tag war.

Die Arbeitsgerichtsverhandlung verlief nicht so, wie sich die Mannesmann-Bosse das vorgestellt hatten. Das Arbeitsgericht wollte zuerst über die Kündigungsgründe verhandeln. Die Zeugen von Mannesmann sollten bestätigen, daß Uwe den Betriebsfrieden gestört hat, daß er die Lehrlinge zur Unterschriftensammlung aufgefordert hatte, um so den Prozeß schnell über die Bühne zu bringen. Mannesmann bastelte sich sogar noch eine weitere Lüge zurecht: Uwe sollte angeblich Lehrlinge zu „anonymen Drohanrufen" beim Betriebsrat aufgefordert haben.

Vertuscht werden sollte so, daß es sich hier um eine politische Entlassung gehandelt hat, daß hier ein Roter Betriebsrat entlassen worden ist, der von 20% seiner Kollegen gewählt wurde und als Kommunist fest auf ihrer Seite steht.

Der von Mannesmann geladene Zeuge konnte nicht mehr bestätigen, daß Uwe zu „anonymen Drohanrufen" aufgefordert hatte und widersprach in seinen Ausführungen dem Protokoll, daß die Lehrlinge bei der Feuerwehr unter Entlassungsdruck unterschreiben mußten. Das erpreßte Protokoll konnte bei dieser Verhandlung also nicht bestätigt werden. Daraufhin brach das Arbeitsgericht die Verhandlung ab und vertagte den Prozeß. Dies ist ein Erfolg im Kampf um die Wiedereinstellung des Roten Betriebsrates Uwe B. der trotz der Unterdrückungsmaßnahmen von Staatsapparat und Kapital errungen worden ist.

BASF

Kurzarbeit für 10 000 Kollegen geplant

Mindestens 4 200 Kollegen von BASF — die Abteilungen Farben I und II und Styroplast — sollen für drei Monate kurzarbeiten. Für drei weitere Abteilungen (Magnettechnik, Energie, Kunststoff) haben die BASF-Bosse Kurzarbeitsanträge gestellt. Diese Maßnahmen der BASF-Kapitalisten erfolgen mit Billigung und Unterstützung des Betriebsrates. Die BASF-Bosse planen Kurzarbeit für rund 10 000 Kollegen.

Bis jetzt wurde die Belegschaft schon um über 700 Kollegen verringert. 2 000 Kollegen von Fremdfirmen wurden bereits abgebaut und 1 000 weitere sollen folgen. Ausländischen BASF-Kollegen wurde die Arbeitserlaubnis nicht verlängert und sie wurden abgeschoben. Es besteht bereits ein genereller Überstundenstopp. Eine Reihe von Kollegen wurde innerhalb der BASF-Werke umbesetzt, wobei für sie zum Teil erhebliche Lohneinbußen entstanden.

Als die BASF-Kapitalisten ihren Kurzarbeitsantrag stellten, lehnte der Betriebsrat zunächst einmal mit einem Stimmenpatt von 30:30 ab. Der Betriebsratsvorsitzende Bauer erklärte, der Betriebsrat könne der Kurzarbeit nur zustimmen, wenn die Unternehmensleitung beweise, daß die Kurzarbeit zur Sicherung der Arbeitsplätze unumgänglich sei. **Schon damals lehnte der Betriebsrat also die Kurzarbeit keineswegs grundsätzlich ab.** Er stellte sich vielmehr — wie der DGB im allgemeinen — voll und ganz auf den Standpunkt der kapitalistischen Rentabilität. So wie der DGB im Lohnkampf für „stabilitätsgerechte Abschlüsse" eintritt, so forderten Bauer und Konsorten „stabilitätsgerechte Kurzarbeit". Prompt stimmte der Betriebsrat dann am 11. Juli der Kurzarbeit mit der Begründung zu, man habe sich überzeugt, daß sie wirtschaftlich unumgänglich sei. So sollen die Kollegen denken, man könne nichts machen, die Kurzarbeit sei notwendig, um Entlassungen zu verhindern.

In Wirklichkeit sind die IG Chemie-Bonzen im Betriebsrat vom Schlage Bauer, Ries, Hermann usw. natürlich abgefeimteste Arbeiterverräter. Leute dieses Schlages erklären heute, Kurzarbeit sei notwendig, um Entlassungen zu verhindern. Morgen aber erklären sie Dir genau so unverfroren, 1 000 Entlassungen seien ja wohl besser als die Stillegung von ganzen Produktionsbereichen. Die Aniliner haben diese Leute zur Genüge kennengelernt, als sie den letzten Lohnraubabschluß von 6,8% auf den Werksversammlungen auch noch verteidigen wollten. Es ist wahrhaftig nicht schwer zu erraten, wofür diese Verräter ihr Geld kassieren und was Leute wie Bauer und Hermann im BASF-Aufsichtsrat „mitbestimmen". **„Wer mitbestimmt bei Ausbeutung und Unterdrückung, steht auf der anderen Seite"**, schreibt die „Rote Kolonne", die Betriebszeitung der KPD/ML bei BASF.

Das wird auch deutlich, wenn man sich die anderen „Forderungen", die Bauer und Konsorten an die BASF-Kapitalisten richten, ansieht. Da heißt es z.B.: Keine Neueinstellungen, kein Ersatz für ausscheidende Kollegen. Mit anderen Worten: Die BASF-Kollegen sollen die Arbeit der Ausgeschiedenen mitmachen, die Arbeitshetze soll verschärft werden, damit die BASF-Kapitalisten Arbeitsplätze wegrationalisieren können. Bauer und Konsorten schlugen auch einen „Abbau der Überstunden" vor. Diese „Forderung" der IG Chemie-Bonzen wurde inzwischen von den BASF-Kapitalisten mit einem generellen Überstundenstopp „übererfüllt". Die Kollegen können sehen, wie sie mit ihrem 40-Stunden-Lohn über die Runden kommen. Außerdem schlugen Bauer und Konsorten noch einen vorverlegten Zwangsurlaub und eine Kürzung des Weihnachtsgeldes vor. Alle Vorschläge der IG Chemie-Bonzen laufen darauf hinaus, den Profit der BASF-Bosse auch in der Krise durch verschärfte Arbeitshetze und Lohnraub, also durch die gesteigerte Ausbeutung der BASF-Kollegen, so hoch wie möglich zu halten, wenn nicht noch zu steigern.

So offen treten die D„K"P-Revisionisten natürlich nicht auf. Die Aufgabe der D„K"P, die übrigens auch im Betriebsrat vertreten ist, ist es ja gerade, die Kollegen, die Bauer und Konsorten durchschauen, vom revolutionären Kampf abzuhalten. Der IG Chemie-Apparat erklärt den BASF-Kollegen offen, sie müßten jetzt Opfer bringen, die D„K"P-Revisionisten dagegen erklären, die Arbeiter hätten nun ein Recht, bei der Verwendung der „freien Rücklagen" der BASF „mitzubestimmen". Abgesehen davon, daß BASF gerade zeigt, daß es der Kapitalistenklasse und nicht den Arbeitern nützt, wenn Verräter wie Bauer und Hermann als Vertreter des DGB-Apparats im Namen der Arbeiter mitbestimmen, hat der Betrug mit den Rücklagen natürlich nur die Aufgabe, von der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Angriffe der BASF-Kapitalisten abzulenken. Im Grunde sagt die D„K"P genau wie Bauer und Konsorten, daß das Wohl der Arbeiter vom Wohl der Kapitalisten abhängt. Für die BASF-Kapitalisten ist es natürlich für den „Erhalt des Betriebes" absolut notwendig, diese 80 Millionen anderweitig zu verwenden. Dann müßte die D„K"P, die ja so viel Verständnis für die „schwache Produktion in einigen Bereichen" aufbringt, eigentlich auch für die Kurzarbeit sein.

Ob die Betriebsratsfürsten vom IG Chemie-Apparat oder die D„K"P-Revisionisten — sie sprechen alle die gleiche Sprache. Sie wollen die Arbeiter an den Kapitalismus ketten, wollen sie vom Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung abhalten. Kurzarbeit, Rationalisierungsterror, Arbeitshetze und verschärfte Ausbeutung aber werden immer mehr Kollegen zeigen, daß der Kapitalismus im unversöhnlichen Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse steht. Und immer mehr Kollegen werden die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes gegen den Arbeiterverrat und gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung erkennen.

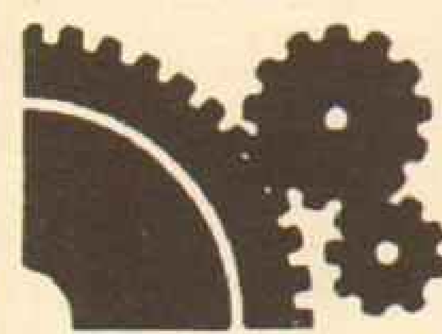
100 000 Kollegen zum Bettlerdasein verurteilt

Fortsetzung von Seite 2

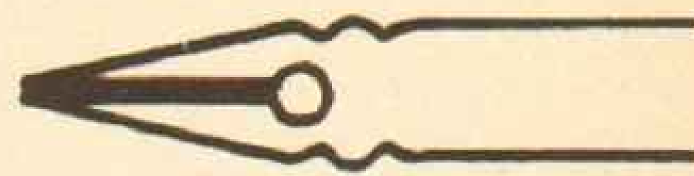
zubringen, nicht aber der Staat — geschweige denn der Kapitalist, der den Kollegen entlassen hat. Für die betroffenen Kollegen und für ihre Familien bedeutet das oft absolute Verelendung, so daß sie sogar unter den Satz des Lebensminimums herabfallen, den die Sozialhilfe zahlt. Ihnen bleibt dann nichts anderes übrig, als zur Fürsorge, zu den Sozialämtern zu gehen, um dort wie Bettler sich ihr Almosen abzuholen, wobei sie jede Quittung für Miete, Strom, Kleidung usw. dort abzuliefern haben.

Immer offener nutzen die Arbeitsämter diese Lage vieler Kollegen aus, vor allem auch die Angst vieler Familien, auf diese Weise zu „Asozialen" gestempelt zu werden, um gut ausgebildete Kollegen zu zwingen, jede Arbeit, sei sie noch so schwer, noch so unterbezahlt, anzunehmen.

Je größer aber die Zahl dieser Kollegen wird, je gemeiner und schwerer die Unterdrückung wird, die Arbeitslosen und die gesamte Arbeiterklasse wird dies nicht hinnehmen werden, sondern sie wird desto mehr ihren Haß steigern und ihren Kampf gegen dieses System, das diese Niedertracht bedingt.



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Uni Druckerei Bochum

Streik bis die Kündigung vom Tisch ist

Der Kollege Kalis, Drucker in der Asta-Druckerei der Ruhr-Universität Bochum, sollte fristlos gekündigt werden. Was war der Grund? Der reaktionäre AStA behauptete, der Kollege Kalis hätte Unterschlagung und Veruntreuung von öffentlichen Geldern betrieben. In Wirklichkeit war das nur ein Vorwand. Der Kollege hatte einem anderen Drucker einen Vorschuß gegeben, weil er in Geldschwierigkeiten war. Ordnungsgemäß hat er das ins Buch eingetragen und quittiert, im übrigen war das eine übliche Sache.

Gegen diese Entlassung traten die Kollegen in Streik, nachdem sie dem AStA ein Ultimatum zur Zurücknahme der Kündigung gestellt hatten. Einige Leute versuchten daraufhin, die Kampfbereitschaft der Drucker abzuwiegeln und sie aufzufordern, den Streik einzustellen. Sie sollten doch lieber vors Arbeitsgericht gehen, da ihre Sache sowieso klar sei. Doch die Drucker blieben standhaft und beharrten darauf, im Vertrauen auf ihre eigene Kraft, ihre Forderung durchzusetzen und sich nicht etwa auf ein Arbeitsgericht zu verlassen. Obwohl die Kräfte scheinbar schwach waren, weil sie nur 5 Kollegen sind, ließen sie sich nicht einschüchtern und streikten entschlossen gegen die Kündigung.

Der AStA hatte schon seit Wochen auf Entlassung in der Schnelldruckerei hingearbeitet. In einer Dienstanweisung stellte der AStA haltlose Vorwürfe gegen die Drukker auf, die eine spätere Kündigung rechtfertigen sollten. Die fünf Drukker waren sich aber einig, sie veröffentlichten diese „Dienstanweisung" und ca. 60 ihrer Kunden unterschrieben, daß diese Vorwürfe vollkommen aus der Luft gegriffen waren und forderten die sofortige Zurücknahme dieses Papiers.

Der Kollege Kalis ist dem AStA ein Dorn im Auge, weil er offen seine Meinung gegen diesen AStA sagt und wegen seiner fortschrittlichen Auffassung Ansehen bei seinen Kollegen und den Studenten genießt. Dieser Kollege war für den AStA auch ein Hindernis, um die politische Zensur in der Druckerei durchzusetzen. „Ich kann doch nicht zulassen, daß auf meinen Maschinen Flugblätter gedruckt werden, die z. B. einen Streik der Opelarbeiter unterstützen", behauptete einer der Uni-Herren. Bereits vor einem Jahr sollten Flugblätter der KPD/ML und des KSB/ML zensiert werden.

Studenten und Fachschaftsvertreter solidarisierten sich und demonstrierten gemeinsam mit den Kollegen. **Aufgrund der großen Solidarität von den Studenten und anderen Kollegen, der oppositionellen Betriebsgruppe in der ÖTV und des KSB/ML, vor allem aufgrund des entschlossenen mutigen Kampfes der Drucker wurde der AStA zum Zugeständnis gezwungen und mußte die Kündigung zurücknehmen.**

Der einzige Kommentar der modernen Revisionisten des „M"SB Spartakus: „Hier sind die richtigen Chaoten versammelt."

Aber damit war der Kampf noch nicht zu Ende, denn der AStA hatte sich noch ein Hintertürchen offen gehalten: Die Zurücknahme der Kündigung war an die Bedingung geknüpft, daß der Kanzler nicht darauf besteht. Daraufhin gingen die Kollegen zum Kanzler und dieser sagte, daß an eine Kündigung gar nicht zu denken sei, er könnte höchstens dem AStA einen Verweis erteilen, daß er keine klaren Richtlinien zur Führung eines Kassenbuchs erteilt hat. Das war ein großer Erfolg des Kampfes. Die Drucker sind auf einen erneuten Angriff gefaßt und werden auch diesen zurückschlagen.

MAN-Hamburg

Rationalisierung abgewehrt

Ich arbeite im Hamburger MAN-Werk, das vor allem Schiffsmotoren produziert. Im Januar wurde in der Abteilung ein Kollege entlassen, im Mai kündigte ein Kollege, aber ersetzt wurden diese beiden Kollegen nicht. Man erwartete von uns, daß wir noch schneller arbeiten würden, daß wir die Arbeit der anderen mitmachen. Aber da hatten sich die MAN-Kapitalisten geschnitten. Wir setzten uns zusammen und beschlossen so weiterzuarbeiten wie bisher auch. Und kein Stück mehr. Das Ergebnis war, daß sich die nichterledigten Aufträge stapelten und zu einem immer größeren Haufen anwuchsen, während auf der anderen Seite die Lieferzeiten immer länger wurden. Trotz verschiedener Spaltungsmanöver der MAN-Kapitalisten hatte unser Kampf Erfolg: vorgestern erfuhren wir: es werden zwei Kollegen neu eingestellt.

Dieser Kampf hat natürlich nicht nur eine verschärfte Ausbeutung durch Vergrößerung der Arbeitshetze verhindert. Was viel wichtiger ist: Die Kollegen vertrauen mehr und mehr auf die eigene Kraft, die Einheit wächst immer mehr. Aufgabe der Kommunisten ist es, diese Einheit auf revolutionäre Grundlage zu stellen und die Partei immer mehr in den werktätigen Massen zu verankern. Gerade die letzte Tarifrunde hat in dieser Abteilung große Fortschritte auf dem Weg zur Einheit im revolutionären Klassenkampf gebracht. Wie ihr wißt hat uns die letzte Metalltarifrunde 6,8% gebracht. In Wirklichkeit waren es jedoch nur 4,8%-5,5%, da die Zulagen nicht erhöht wurden. Die Kollegen haben dadurch eine ganz schöne Wut auch auf den IGM-Apparat bekommen. Und gerade im Kampf gegen die Rationalisierungsmaßnahmen sind sie nicht zum Betriebsrat gegangen, weil sie genau wissen, daß dann absolut nichts passiert. Weil sie wissen, daß ein Apparat, der nur 5% „herausholt" und den Kampf der Kollegen um eine Teuerungszulage verhindert hat, nichts anderes ist als eine Agentur der Kapitalistenklasse. Die Lage ist ausgesprochen günstig.

Mit revolutionären Grüßen
ein Sympathisant der Partei

Revisionistisches

SOWJETISCHER FUSSBALL: DER RUBEL ROLLT!

Wie die Sportpresseagentur ISK berichtet, hat sich in der obersten Fußballspielklasse der Sowjetunion ein Skandal ereignet, der den Bundesliga-Bestechungsskandalen zumindest in nichts nachsteht, wenn er sie nicht gar in den Schatten stellt.

Das Allunionskomitee für den sowjetischen Sport hat neulich zwei Fußballclubs aus der obersten Spielklasse ausgeschlossen. Über den zugrundeliegenden Bestechungsskandal stolperte auch ein Gebietssekretär der Partei und zahlreiche Beteiligte erhielten strenge Strafen.

Der Skandal begann in der Stadt Lipetsk. Die Stadtverwaltung, der es bei der Fußballmannschaft des Ortes weniger um Fußball, sondern um Prestige ging, bestach gute Spieler aus anderen Gegenden mit hohen Zahlungen, um sie in die einheimische Mannschaft zu locken. Damals nannte sich der Fußballclub noch „Traktorist" Lipetsk. Doch schnell wurde es ruchbar, wie die Mannschaft von Lipetsk bei der Stange gehalten wurde. Selbst die Moskauer Regierungszeitung „Iswestija" wies spöttisch darauf hin, daß die Spieler ihre Zuwendungen aus den verschiedensten Wirtschaftszweigen erhielten, aber nicht eine Kopeke aus der Landwirtschaft. Daraufhin wurde der Verein in „Metallurgisten" umgetauft.

Aufgestochen aber wurde die Eiterbeule zunächst keineswegs. Da griff ein Lokalreporter die Sache auf. Der Reporter Nikolai Perewentsew warf dem Vorsitzenden des Sportkomitees von Lipetsk vor, seine Aufgabe zu vernachlässigen, weil er alle Zeit dafür aufwende, den verwöhnten Starkickern zusätzlich Vergünstigungen zu verschaffen. Der Journalist schrieb auch einen Brief an den zuständigen Parteisekretär, aber die Angelegenheit wurde einfach übergangen.

Inzwischen war längst im ganzen Ort bekannt, daß die Fußballspieler bekamen, was sie wollten: eine neue Wohnung oder einen neuen Wagen. Als der Sportreporter hartnäckig auf diesen Umstand hinwies, wurde ihm mitgeteilt, das sei nun einmal nötig, um die Spieler bei der Stange zu halten. Ein Star konnte gerade noch von der Abwanderung nach Moskau abgehalten werden. Es wird erzählt, daß bei seiner Rückkehr in einem Restaurant, ganz wie zu Zeiten des Zaren, die Gläser an den Wänden zerschmettert und die Zigaretten mit Rubel-Banknoten gedreht wurden.

In der vergangenen Spielzeit erwischten die „Metallurgisten" einen schlechten Start. Die Kritik des Sportreporters an den Leistungen der Mannschaft hatte zur Folge, daß er praktisch Schreibverbot erhielt. Er wurde sogar von einem Spieler tätlich angegriffen. Er wandte sich an Moskau. Leider läßt sich nicht mehr feststellen, ob Moskau es erneut bei einer spöttischen Bemerkung belassen hätte. Die Sache flog nämlich von selbst auf. Die „Metallurgisten" verloren ein Spiel in Aschkabad (Turkmenistan) mit 0:9 Toren – genau dieses Resultat brauchten die dortigen „Aufbau"-Spieler, um dem Abstieg zu entgehen. Die Mannschaft von Lipetsk hatte sich verkauft. Jetzt endlich flogen die beiden Klubs aus der höchsten Spielklasse.

PROSTITUTION IN DER DDR

Nach offiziellen Angaben aus der DDR gibt es, wie der Westberliner „Tagesspiegel" meldet, allein in Ostberlin 2 200 unter staatlicher Kontrolle stehende Prostituierte. Solche Angaben findet man im „Neuen Deutschland", dem Zentralorgan der revisionistischen SED, nicht, wenn dort von den „sozialistischen Errungenschaften" auf dem Gebiet der „Befreiung der Frau" die Rede ist.

Für den Profit der Kapitalisten

Gesundheit der Arbeiter wird ruiniert

Zur Zeit gibt es 47 anerkannte Berufskrankheiten. Im Gesundheitsbericht der Bundesregierung von 1971 heißt es: „Als Berufskrankheiten im Sinne der Reichsversicherungsordnung (RVO) gelten solche Krankheiten, die nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft durch besondere Einwirkungen verursacht sind, denen bestimmte Personengruppen durch ihre Arbeit in erheblich höherem Grade als die übrige Bevölkerung ausgesetzt sind." Obwohl nach den bürgerlichen Statistiken die Arbeiter nur 45% der Bevölkerung ausmachen, entfallen auf sie über 80% der offiziell anerkannten Berufskrankheiten.

Der gesellschaftliche Reichtum wird im Kapitalismus im wahrsten Sinne des Wortes auf den Knochen der Arbeiter erschuftet. Die Bundesregierung versuchte das in ihrem Gesundheitsbericht zu widerlegen. „Die Zahlen der pro Jahr angezeigten und der erstmals entschädigten Berufskrankheiten zeigen deutlich eine rückläufige Tendenz. Die Bundesregierung ist im Zusammenwirken mit den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung bemüht, durch geeignete medizinische und technische Maßnahmen diesen Rückgang zu intensivieren." In Wirklichkeit geht natürlich nicht die Zahl der schweren Erkrankungen von Arbeitern zurück, die auf die ständig verschärfte Ausbeutung zurückzuführen ist. Das beweist auch eine Studie (Hirrlinger Studie), bei der Arbeiter im Alter von 15-60 Jahren untersucht wurden, die zur Zeit nicht krankgeschrieben waren. Diese Studie kam zu folgendem Ergebnis: 63,9% der untersuchten Männer und 72,1% der Frauen waren behandlungsbedürftig, 20,8% der Männer und 11,9% der Frauen waren sanatoriumsreif und 1,6% der Männer und 1,3% der Frauen mußten sofort ins Krankenhaus. **Also waren nicht einmal 15% der untersuchten Arbeiterinnen und Arbeiter, von denen wie gesagt keiner krank geschrieben war, wirklich gesund.**

Es ist also keineswegs so, daß heute die Ausbeutung in den Betrieben weniger auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter geht als früher. Eher das Gegenteil ist der Fall. Nur unternimmt die Bourgeoisie heute größere Anstrengungen, um das zu vertuschen. Es ist doch ein Witz, daß nur 47 Krankheiten als Berufskrankheiten anerkannt sind. In Wirklichkeit ist völlig klar, daß viel mehr Krankheiten eine Folge der schweren und gesundheitsschädlichen Arbeitshetze und der Arbeitsbedingungen sind. Grundsätzlich nicht als Berufskrankheit anerkannt werden beispielsweise Bandscheibenschäden, die Fließbandarbeiterinnen durch die dauernde gekrümmte Haltung erleiden. Die meisten Gesundheitsschädigungen aufgrund der Arbeitstätigkeit werden so nicht als Berufskrankheiten anerkannt. **Indem die Kapitalisten nur wenige Krankheiten als Berufskrankheiten anerkennen, wollen sie vertuschen, daß die brutale Ausbeutung die Ruinierung der Gesundheit der Arbeiter und oft auch ihren Tod miteinkalkuliert.** So mußten beispielsweise zig Kollegen von Dynamit Nobel unheilbar erkranken, es mußten sogar einige sterben, bis endlich die PVC-Krankheit in die Liste der Berufskrankheiten aufgenommen wurde.

Was für die Anerkennung von Krankheiten als Berufskrankheiten gilt, gilt auch für die Frage, ob anerkannt wird, daß ein Kollege aufgrund einer Berufskrankheit Invalide wird. Der Staat und seine Gesetze (hier die Reichsversicherungsordnung) sichern auch hier die Interessen der Kapitalisten. Ist ein Kollege häufig krank und dann für lange Zeit krank geschrieben, haben die Kapitalisten ein Interesse daran, ihn von der Lohnliste zu streichen. Die Krankenversicherung will die Kosten auf den Rentenversicherungsträger abschieben. Nach § 183 der Reichsversicherungsordnung haben die Krankenkassen das Recht, ein „vertrauensärztliches" Gutachten darüber einzuholen, ob eine Erwerbsunfähigkeit des Kollegen besteht. Wenn der Kollege erwerbsunfähig geschrieben wird, hat er oft größte Schwierigkeiten, bis anerkannt wird, daß er infolge der Berufserkrankung erwerbsunfähig geworden ist.

Nehmen wir z. B. den Fall eines Kollegen, der jahrelang, vielleicht schon jahrzehntelang an einer Berufskrankheit leidet. Jetzt kommt plötzlich ein Schlaganfall hinzu, von dem er sich wegen seines durch die Berufskrankheit allgemein schlechten Gesundheitszustandes nicht mehr erholt. Er wird erwerbsunfähig geschrieben. Wahrscheinlich wird die Rentenversicherung jetzt versuchen, den Kollegen in Zusammenarbeit mit sogenannten Vertrauensärzten um die paar Mark mehr Rente, die ihm aufgrund seiner Berufskrankheit zuständen, auch noch zu betrügen. Sie wird nur den Schlaganfall als Grund für die Erwerbsunfähigkeit gelten lassen. Von der Berufskrankheit des Kollegen ist plötzlich keine Rede mehr. Viele Kollegen müssen so jahrelang auf die Anerkennung der Berufskrankheit als Ursache für die Erwerbsunfähigkeit und damit auf eine entsprechende Rente warten. Häufig aber sterben sie um ihre Rente betrogen.

Gerade das Beispiel der Berufskrankheiten zeigt, wie verlogen und zynisch das Gerede von der „Vorrangigkeit der Gesundheit der Arbeiter" ist. **Die Wirklichkeit beweist, daß im Kapitalismus der Profit der Kapitalisten alles bestimmt, daß aber Leben und Gesundheit der Arbeiter nur als Unkostenfaktoren zählen.**



Schutz vor Berufskrankheiten im sozialistischen China: Zur Verhütung von Staublunge werden die mit stauberzeugendem Material Arbeitenden in regelmäßigen Zeitabständen geröntgt. Hier besprechen Ärzte ein Röntgenbrustbild.

Gesundheitsversorgung bei uns und in China

Zwei Welten

Korrespondenz. Wir waren auf der China-Ausstellung, die allgemein auf großes Interesse stieß und große Begeisterung auslöste. Wir erwarteten aus unserer Ortsgruppe ungefähr 50 Mitfahrer und bestellten einen entsprechenden Bus. Nachher waren wir 81 (!) und wir mußten noch die PKW's mitnehmen, was der Begeisterung aber keinen Abbruch tat. Von einer Sache möchte ich Euch berichten.

Bei dem Modell des Kohlengebietes Kailouan fiel auf, daß im Umkreis der Fördertürme nicht nur entsprechende Siedlungen für die Arbeiter neu errichtet waren, sondern daß – vielleicht einen Steinwurf entfernt – Häuser mit einem roten Kreuz standen. Das heißt, daß sofortige Hilfe bei möglichen Unfällen gesichert ist. Das bedeutet medizinische Versorgung für die Kumpels und Gesundheitsfürsorge. Dabei fiel mit ein, daß auf der Zeche Blumenthal in Recklinghausen vor drei Jahren ungefähr der Krankentransportwagen abgeschafft wurde. Dabei muß man bedenken, daß zu der Schachtanlage drei Hauptschächte in Recklinghausen gehören, die alle kilometerweit auseinanderliegen. Nur die Krankenhäuser der Stadt stehen zur Verfügung. Die Begründung für die Abschaffung des Krankenwagens war abenteuerlich: er stünde ja ohnehin nur an einem der drei Schächte bereit, wenn etwas passierte, müßte er so oder so hinfahren und da wären erfahrungsgemäß die Krankenwagen des Knappschaftskrankenhauses schneller.

Das Knappschaftskrankenhaus stand auch eine Zeit lang gar nicht für Unfälle zur Verfügung. Der Chefarzt der chirurgischen Abteilung war gefeuert worden. Er wurde von den anderen Ärzten abgelehnt, weil er einige Fehler gemacht hatte. Die Kumpels berichteten, er hätte schon manchen Meniskus versaut. Einmal hatte er rechts statt links operiert, was dann mit einer Abfindung totgeschwiegen wurde. Als er weg war, mußten die Kumpels, die einen Unfall hatten und verletzt waren, nach Marl, Datteln und Bochum in die Kliniken gebracht werden. Das nur zwei Kilometer entfernte neue Prosper Hospital in Recklinghausen durfte aus Konkurrenzgründen der Knappschaft nicht in Anspruch genommen werden. Das zeigt anschaulich, wie sich hier um Unfälle, um die verletzten Arbeiter im Kapitalismus gekümmert wird.

Vom Aufbau des Sozialismus

VR CHINA: ERSTE ELEKTRIFIZIERTE EISENBAHNLINIE IN BETRIEB GENOMMEN

Wie die Nachrichtenagentur Hsinhua meldet, wurde die vollständige Elektrifizierung der Eisenbahnlinie Paoki, Provinz Schensi – Tschongtu, Provinz Szetschwan beendet. Am 8. Juli wurde diese 676 km lange elektrische Eisenbahnlinie in China in Betrieb genommen. Der Abschluß der Elektrifizierung dieser Eisenbahnlinie ist das Ergebnis der Großen Proletarischen Kulturrevolution und der Kritikbewegung an Lin Biao und Konfuzius – ein großer Sieg des von Vorsitzendem Mao gewiesenen Kurses, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen.



Die Elektrifizierung dieser Eisenbahnlinie erhöht ihre Transportkapazitäten um das Doppelte. Während der Elektrifizierung der Eisenbahnlinie vollbrachten die Arbeiter und Kader über 400 wichtige technische Neuerungen. Unter anderem haben sie erfolgreich die Kupferdrähte durch einheimische Stahl- und Aluminiumdrähte ersetzt.

VR ALBANIEN: GROSSES GEWICHT AUF DER ANEIGNUNG DES MARXISMUS-LENINISMUS

Die Partei der Arbeit und der albanische Staat legen großen Wert darauf, daß überall im Land die Lehren des Marxismus-Leninismus angeeignet und mit der Praxis eng verbunden werden. Denn die marxistisch-leninistischen Ideen sind das rote Banner der Partei der Arbeit Albaniens, die die Revolution und den sozialistischen Aufbau in Albanien leiten. Sie liegen der Generallinie der Partei zugrunde und werden, wenn das werktätige Volk sie sich aneignet, im Kampf für den gesellschaftlichen Fortschritt zu einer großen materiellen Kraft.

Die marxistisch-leninistische Lehre wird in Albanien nicht nur in der Parteischule „Wladimir Iljitsch Lenin" in Tirana und in den staatlichen Schulen aller Kategorien studiert, sondern auch in den Studiengruppen, die unter der Fürsorge der PAA an den Arbeits- und Produktionsstätten errichtet wurden. An diesen Studiengruppen beteiligen sich Kommunisten und parteilose Werktätige. Die Grundlage für das Studium des Marxismus-Leninismus sind die Werke der Klassiker und Dokumente und Materialien der PAA, sowie die Werke des Genossen Enver Hoxha, in denen der Marxismus-Leninismus auf die heutigen nationalen und internationalen Bedingungen konkretisiert worden ist.

Jetzt werden in den marxistisch-leninistischen Schulungsgruppen die Abschlußgespräche durchgeführt, die den Abschluß dieses Parteijahres bilden. Es wurde in diesem Jahr bei dem Studium der marxistisch-leninistischen Theorie gründliche Arbeit geleistet. Dabei wurde die Theorie mit der revolutionären Erfahrung der Massen, mit ihrem Kampf und ihrer Arbeit für den vollständigen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft eng verbunden.

Die albanischen Kommunisten und Werktätigen haben sich überzeugt, daß das ständige Studium der marxistisch-leninistischen Theorie in enger Verbindung mit der revolutionären Praxis notwendig ist, um die Menschen revolutionär zu formen und zu stählen.

Typisch für viele DDR-Jugendliche

Als ungelernter Arbeiter- von Betrieb zu Betrieb

„Für bessere Berufsausbildung – gegen Jugendarbeitslosigkeit" – Unter dieser Parole und mit einer Vielfalt von Aktionen versucht die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend", die Jugendorganisation der D„K"P, sich der Jugend als sozialistische Jugendorganisation anzubieten. Immer wieder heißt es: Wer mit und kämpft, kämpft für den Sozialismus, für ein glückliches Leben der Jugend. Eines der „sozialistischen" Vorbilder heißt DDR. Hier ist, glaubt man der D„K"P und der „S"DAJ, alles anders als in der Bundesrepublik. Hier gibt es angeblich gute Schulbildung für jeden, Lehrstellen und den gemeinsamen Kampf für den sozialistischen Aufbau.

So bringt die UZ, die Zeitung der D„K"P, zum Beispiel am 6. Juni 1975 einen Bericht über eine 10-klassige Oberschule in der DDR unter der Überschrift „Wie sieht's aus mit einer Lehrstelle?" Wie nicht anders zu erwarten, meldet sich niemand, als der UZ-Reporter fragt, wer in dieser Klasse noch keine Lehrstelle habe. Kommentar des Schuldirektors: „Ich glaube, wir können zufrieden sein mit dem, was wir unseren Schulabgängern an Wissen und Können auf den Lebensweg gegeben haben. Alle haben eine ordentliche Lehrstelle. Jeder kann einen Beruf mit Zukunft erlernen."

Also ist doch alles in Butter in der DDR? Also ist es, wie die D„K"P behauptet, nichts als Hetze, wenn die KPD/ML und andere Kommunisten sagen, daß zwischen der Bundesrepublik und der DDR kein grundsätzlicher Unterschied besteht für die Werktätigen?

Hören wir eine Stimme aus der DDR selbst. In der Nummer 25 der DDR-Zeitschrift „Für Dich" findet sich folgender Bericht über den Lebensweg eines Jugendlichen, den wir im folgenden ausschnittsweise wiedergeben:

„Er ist kein großes Licht, dieser schlanke junge Mann. Die Schule hat er nach der 6. Klasse verlassen. Da war er 15. (. . .) Als ungelernter Arbeiter zieht er nach der Schulentlassung von Betrieb zu Betrieb. (. . .) 100 DM Kostgeld gibt er zu Hause ab. Das meiste vom Lohn aber wird vertrunken. Fast jeden Abend verbringt der 19jährige in Gaststätten. (. . .) Harald P. hatte schon im Elternhaus die Schrecken des Alkohols kennengelernt, oft hatten er und auch die Mutter Prügel vom betrunkenen Vater bezogen. Nun wird er selbst unter Alkohol zum Schrekken seiner Umgebung."

Harald schlägt einen Mann zusammen, weil er ihn nicht schnell genug in die Straßenbahn einsteigen läßt, verletzt ihn schwer am Auge, daß er bis heute nicht wieder richtig sehen kann. Kurz darauf schlägt er einen weiteren Mann krankenhausreif. Er kommt vor Gericht, das ihn zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und acht Monaten, zum Schadenersatz und zu einem Schmerzensgeld von 150 DM verurteilt.

Ein Einzelfall in einem Land, das die D„K"P der Jugend in Westdeutschland als „sozialistisches" Vorbild anpreist? „Für Dich" dazu:

„Der Prozeß gegen den 19jährigen Angeklagten Harald P. vor einem Berliner Stadtbezirksgericht ist nichts Besonderes, nichts Sensationelles. Er ist typisch für viele ähnliche Prozesse, die wegen begangener Körperverletzung oder Rowdytum immer wieder unsere Rechtsorgane beschäftigen."

Und das soll die „glückliche Zukunft" sein, die die Jugend gegen das Elend hier eintauschen soll, wenn sie mit der D„K"P kämpft? Wüßte man nicht, daß Harald P. aus der DDR kommt, man würde seine Geschichte für die eines x-beliebigen unter den Tausenden von Arbeitslosen Jugendlichen in Westdeutschland halten. Aber nicht nur die Trostlosigkeit der Lage von Harald



„Ausgeflippte" Jugendliche in der DDR.

aus Ostberlin könnte die von Harald aus Köln, Hamburg oder München sein. Auch die Geringschätzigkeit, mit der „Für Dich" über diesen Jugendlichen schreibt, der „kein großes Licht" ist, weil er einen Vater hat, der trinkt und in der Schule sitzengeblieben ist, unterscheidet sich in nichts von den Betrieben, die sich in westdeutschen Zeitungen finden.

Und das Gericht? Es hört sich die Geschichte von Harald an, wie es auch einige Jugendrichter bei uns tun, stellt fest, er ist ein „Schrekken seiner Umgebung" und steckt ihn ins Gefängnis. Das Gericht interessiert nicht der Schaden, der den beiden Opfern entstanden ist. Das Gericht interessiert nicht, wie dem Jugendlichen aus seinen Schwierigkeiten herauszuhelfen ist. Bestrafung ist der einzige Aspekt. Ein Prozeß und ein Urteil also, wie es auch in den westdeutschen Gerichten tagtäglich gefällt wird. Mit dem einzigen Unterschied, daß ein 19jähriger Jugendlicher bei uns wegen der gleichen Delikte Chancen hätte, nicht ins Gefängnis, sondern in ein Erziehungsheim zu kommen.

Diese Parallelen zwischen der DDR und der Bundesrepublik sind nicht zufällig. Die DDR ist heute kein sozialistisches Land mehr. Die DDR hat heute eine kapitalistische Gesellschaftsordnung, mit all ihren verheerenden Folgen auf die gesellschaftliche Moral und das Zusammenleben der Menschen.

„Für Dich" gibt dem kriminell gewordenen Jugendlichen Harald folgenden Ratschlag mit auf den Weg: „Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, verwirf es, um ein Mensch zu werden." Solche „Ratschläge" bekommen auch die Jugendlichen in Westdeutschland zu Hauf. Es ist die alte Leier vom Menschen, der „von Natur gut oder böse" ist. Aber diese „Weisheit" hat nie gestimmt und stimmt auch heute für die Jugendlichen in der DDR nicht. Oder wie sonst ist es zu erklären, daß die Jugendkriminalität und die Kriminalität überhaupt bis Mitte der 60er Jahre kontinuierlich sank und dann von 1968 bis 1970 von 100 000 auf 109 000 Fälle stieg und nach offiziellen statistischen Angaben von 1972 seit 1969 im Jahresdurchschnitt 128 000 betrug?



Nach der Arbeit nutzen die albanischen Jugendlichen ihre Freizeit für Studium und Erholung.

Nein, für Harald wie auch die anderen Jugendlichen in der DDR wird es keinen Ausweg aus Ausbeutung und Unterdrückung geben, wenn sie „gegen ihre Väter" rebellieren. Schuld an ihrer Lage ist die neue Ausbeuterklasse in der DDR, sind die russischen Sozialimperialisten, die die Bevölkerung der DDR ausplündern und unterdrücken.

Der Kampf gegen die schlechte Berufsausbildung der Jugendlichen, gegen die Jugendarbeitslosigkeit ist notwendig und gerecht. Aber wer ihn unter der Führung der D„K"P und der „S"DAJ führt, der wird vom Regen in die Traufe kommen. Eine wirklich glückliche Zukunft – und eine glückliche Zukunft nicht nur auf Werbeprospekten – wird sich die Jugend nur erkämpfen können, wenn sie im Osten und Westen Deutschlands den Kampf auf revolutionärem Weg gegen die Ausbeuterklasse führt und mit der KPD/ML und der Roten Garde für die sozialistische Revolution, für ein vereinges, unabhängiges und sozialistisches Deutschland kämpft.

GRF korrigiert falsche Losung

In einem Artikel, der im theoretischen Organ Nr. 1 der GRF (KPD) erschienen ist und für den Genosse Christian Semler als Referent des Politbüros des ZK der GRF verantwortlich zeichnet, wird die bisherige Hauptparole der GRF „Gegen Monopoldiktatur – Für Volksdemokratie – Die Arbeiterklasse an die Macht" zurückgenommen Unsere Partei begrüßt diese von der GRF vorgenommene Korrektur entschieden.

Wie aus dem theoretischen Organ der GRF ebenfalls hervorgeht, hat es bereits auf dem 1. Parteitag der GRF Anträge gegeben, diese Losung, insbesondere den Begriff „Volksdemokratie" zu streichen und durch eine klare und unzweideutige Propagierung der Diktatur des Proletariats zu ersetzen. Damals wurde aber lediglich der Zusatz „Die Arbeiterklasse an die Macht" beschlossen. Jetzt heißt es in der Vorbemerkung zu dem erwähnten Artikel: „Die ganze Partei ist einheitlich der Auffassung, daß in dieser Parole, trotz des auf dem Parteitag beschlossenen Zusatzes „Die Arbeiterklasse an die Macht", nicht genügend die Notwendigkeit der Errichtung der Diktatur des Proletariats zum Ausdruck kommt. Es ist aber die Aufgabe der Kommunistischen Partei als Vorhutorganisation der Arbeiterklasse, den revolutionären Kampf zum Sturz der Bourgeoisie und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats, der Klassenherrschaft der Arbeiterklasse, unermüdlich zu propagieren, denn es gilt die Massen gerade für diese Aufgabe zu mobilisieren." (S. 80)

Warum hat unsere Partei diese Losung von Anfang an bekämpft, warum halten wir die jetzt vorgenommene Korrektur für so wichtig? Halten wir uns vor Augen, welche Bedeutung Lenin der „Anerkennung der Diktatur des Proletariats" beimißt: ***„Wer nur den Klassenkampf anerkennt, ist noch kein Marxist, er kann noch in den Grenzen bürgerlichen Denkens und bürgerlicher Politik geblieben sein. Den Marxismus auf die Lehre vom Klassenkampf beschränken heißt, den Marxismus stutzen, ihn entstellen, ihn auf das reduzieren, was für die Bourgeoisie annehmbar ist. Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt."***

Jetzt verläuft in der Frage der Anerkennung der Diktatur des Proletariats die Trennungslinie zwischen Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus, aber auch Trotzkismus, Anarchismus, Antiautoritarismus usw. Wer nicht klar und unmißverständlich vor der Arbeiterklasse die Notwendigkeit des Kampfes für die Diktatur des Proletariats herausstellt, leistet objektiv dem modernen Revisionismus und anderen konterrevolutionären Ideologien Vorschub.

Die Anerkennung der Diktatur des Proletariats ist unmittelbar mit der Anerkennung der **gewaltsamen** Revolution verbunden. Die Anerkennung der Tatsache, daß die Arbeiterklasse nicht einfach die Staatsmaschinerie der Bourgeoisie übernehmen kann, sondern daß sie diese zerschlagen und ihren eigenen Staat, die Diktatur des Proletariats, errichten muß, ist die entscheidende Widerlegung des Reformismus und der Beweis für die Notwendigkeit der gewaltsamen sozialistischen Revolution. **Wer in der Frage der Diktatur des Proletariats Verwirrung schafft, schafft darum auch in der Frage der gewaltsamen Revolution Verwirrung.**

Insbesondere stiftet unter den gegenwärtigen Bedingungen in Westdeutschland die Einführung des Begriffs „Volksdemokratie" über die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats Verwirrung. Der Begriff „Volksdemokratie" wird hauptsächlich benutzt, um eine bestimmte Etappe der Revolution (meistens antifeudalistisch) zu kennzeichnen. Diese Tatsache ist unbestreitbar und wird nicht dadurch widerlegt, daß es auch einige Textstellen gibt, in denen der Begriff einfach im Sinne „Demokratie für das Volk" benutzt wird. **Die Verwendung der Volksdemokratie als programmatische Losung unter den Bedingungen unseres Landes begünstigt die revisionistische Auffassung daß die Revolution in Deutschland in zwei Etappen verlaufe, lenkt von der gewaltsamen Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates und der Errichtung der Diktatur des Proletariats als unmittelbares strategisches Ziel der gegenwärtigen revolutionären Etappe ab.**

So sehr wir die nun vorgenommene Korrektur begrüßen, um so enttäuschender ist es für uns, daß der Artikel des Genossen Semler auf diesen Kern der Frage – abgesehen von den zitierten Passagen der Vorbemerkung – nicht eingeht. Stattdessen werden Beispiele angeführt, wo „Volksdemokratie" im Sinne von „Demokratie für das Volk" benutzt wird, es werden allgemeine Ausführungen zum Verhältnis von Demokratie und Diktatur im Sozialismus gemacht, auf die wir hier nicht weiter eingehen können. An keiner Stelle dieses Aufsatzes aber wird deutlich, daß in dieser Parole ja schließlich eine politische Linie zusammengefaßt ist. Mit Ausnahme des letzten Satzes besteht die Quintessenz des Artikels von Christian Semler im Grunde darin, daß diese Losung doch richtig ist.

Es könnte so der Eindruck erweckt werden, als handele es sich hier um eine Frage der Formulierung. Demgegenüber muß noch einmal betont werden, daß es hier nicht um Formulierungen, sondern um Grundfragen des Marxismus-Leninismus geht. Stalin hat gesagt: ***„Die Partei ist ein Instrument der Diktatur des Proletariats."*** Diese Bestimmung bezieht sich sowohl auf die Etappe vor, als auch auf die nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Eine Partei, die die Frage der Diktatur des Proletariats nicht in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt, ist keine kommunistische Partei. Darum geht es, nicht um Worte.

Westberlin

Aktionen gegen US-Besatzer

Am 4. Juli wollten die US-Besatzertruppen in Westberlin auf dem Gelände der Universität den amerikanischen Unabhängigkeitstag feiern. Die US-Imperialisten beschwörten die Ideale von Freiheit, Gleichheit, Unabhängigkeit, für die die nordamerikanischen Siedler den Kampf gegen den britischen Kolonialismus aufgenommen hatten, den sie am 4. Juli 1796 mit der Erringung der Unabhängigkeit siegreich beendeten. Gegen diese Provokation demonstrieren seit vielen Jahren revolutionäre und andere fortschrittliche Studenten.

„Die US-Imperialisten haben kein Recht, den Unabhängigkeitstag des amerikanischen Volkes zu feiern," heißt es in einem Flugblatt des KSB/ML. Vor 2 Jahren war es den Demonstranten sogar gelungen, diese Feier zu verhindern. Offensichtlich aufgrund dieser Erfahrungen wurde in diesem Jahr um das US-Clubhaus auf dem Universitätsgelände eine Bannmeile errichtet, Lautsprecherwagen und Megaphone waren auf dem gesamten Uni-Gelände verboten.

Es kam zu einer Aktionseinheit zwischen dem KSV, der Studentenorganisation der GRF (KPD) und dem KSB/ML, der studentischen Sektion der Roten Garde, der Jugendorganisation der Partei. Grundlage der Aktionseinheit war, daß der Kampf sich gegen **beide** Supermächte richten muß. Der russische Stadtkommandant war als Repräsentant des russischen Sozialimperialismus übrigens geladener Gast der US-Imperialisten. **Der KSB/ML unterstrich gleichzeitig die Notwendigkeit des Kampfes gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie.** In dieser Frage gab es leider keine Übereinstimmung mit den Genossen des KSV, es wurde aber Freiheit der Agitation und Propaganda vereinbart.

Am Abend vor dem 4. Juli wurde eine Veranstaltung, zu der der KSV an der Universität aufgerufen hatte, verboten. Als die Veranstaltung dennoch in einem anderen Hörsaal durchgeführt wurde, ließ Uni-Rektor Kreibich ein starkes Polizeiaufgebot anrücken. Die rund 200 versammelten Studenten zogen in einer kurzen Demonstration ins Freie und setzten die Veranstaltung dort fort. In der Nacht wurden von Antiimperialisten auf der Festwiese aufgestellte Stände zerstört.

Am 4. Juli fanden mehrere Kundgebungen und eine Demonstration auf dem Universitätsgelände statt. Als die Teilnehmer der Demonstration im Institut für Germanistik ausschwärmten, um mit den Studenten in den Seminaren zu diskutieren, stürmte die Polizei das Institut, wobei sie schwere Verwüstungen anrichtete, die hinterher natürlich den Studenten angelastet wurden. Gegen Mittag fanden neue Kundgebungen statt. Es formierte sich ein neuer Demonstrationszug direkt auf die Bannmeile zu. Zwar konnte die Bannmeile nicht gestürmt werden, aber der militante Kampf der Studenten verhinderte, daß die Polizei Festnahmen durchführen konnte.

Am Tag darauf wurden mehrere Wohnungen von der Polizei durchsucht. Drei Genossen – unter ihnen Genosse Helmut Lechner vom Regionalkomitee der GRF wurden verhaftet. Ihnen wird – eine ungeheure Provokation – unter anderem schwerer Raub vorgeworfen. Die Genossen sollen angeblich einen erkannten Polizeispitzel verprügelt und ihm Pistole, Funkgerät und andere Bullen-Utensilien abgenommen haben. Obwohl durch Zeugen bewiesen ist, daß die Genossen gar nicht zur fraglichen Zeit am angeblichen „Tatort" sein konnten, wurden Haftbefehle ausgestellt. Der Haftrichter weigerte sich sogar, die Zeugen überhaupt anzuhören. Es fanden sofort Solidaritätsaktionen für die Freilassung der Genossen statt.

Kiel

Polizeiüberfall auf Studenten

Ende Mai wurde für die Hochschulen Schleswig-Holsteins ein Gesetz erlassen, das jegliche kommunistische und antiimperialistische Propaganda illegalisiert. Gegen diesen Maulkorberlaß setzten sich die Studenten in einem dreitägigen Streik zur Wehr. An der Universität Kiel versuchte das Rektorat durch Ordnungsverfahren Kommilitonen, die sich am Streik maßgeblich beteiligt hatten, einzuschüchtern.



Am Mittwoch, den 2. 7., fanden die Anhörungen in den ersten vier Ordnungsverfahren statt. 120 Kommilitonen waren deshalb erschienen, um ihre Solidarität mit den Angeklagten zu bekunden. Die Roten Zellen, die Massenorganisationen des KBW an der Uni Kiel, traten mit der Parole auf, den Ordnungsausschuß abzufangen und die Mitglieder zur Rede zu stellen. Der KSB/ML und der KSV dagegen schlugen vor, den Ordnungsausschuß erst gar nicht ins Gebäude hineinzulassen.

Während die Studenten noch diskutierten und einen Reporter, der schon öfter als Spitzel und Denunziant aufgetreten war, vor die Tür setzten, drang plötzlich ein ziviles Polizeikommando durch einen wenig bewachten Eingang und prügelte sofort ohne Vorwarnung auf die Studenten ein. Ein großer Teil der Studenten setzte sich mutig zur Wehr. Als aber zwei- bis dreihundert uniformierte Polizisten nachrückten, mußten die Studenten das Gebäude schnell verlassen. Einige wenige, die nicht schnell genug herauskommen konnten, wurden brutal zusammengeschlagen, ebenso einige unbeteiligte Universitätsangestellte und Assistenten.

Auf diesen brutalen Überfall durch ein ziviles Polizeikommando waren die Studenten nicht vorbereitet gewesen.

Bei einigen entstand deshalb Unsicherheit, wie man unter solchen Bedingungen überhaupt noch weiterkämpfen soll. Viele fortschrittliche Studenten haben aber auch die Notwendigkeit erkannt, sich zu organisieren und sich auf die kommenden Auseinandersetzungen mit der Polizei besser vorzubereiten.

Verhaftungen in Köln-Mühlheim

Polizeiterror gegen GRF-Genossen

17 Stunden hielt die Kölner Polizei die Genossen Heuler und Schlögel, Mitglieder und Funktionäre der GRF (KPD) gefangen. Die Genossen hatten am Wiener Platz in Mühlheim zur Düsseldorfer Veranstaltung der GRF (KPD) gegen die zwei Supermächte aufgerufen. Die Genossen wurden von der Polizei brutal mißhandelt, was unter den Passanten, die sich angesammelt hatten, große Empörung hervorrief. **Einige Kollegen gaben ihre Adressen an und erklärten ihre Bereitschaft als Zeugen auszusagen.**

Im Polizeirevier am Wiener Platz wurden die Genossen erneut geschlagen. Die Benachrichtigung eines Anwalts wurde ihnen mit der blöden Bemerkung „der Anwalt ist gestorben' verweigert. Nach 1 1/2 Stunden wurden die Genossen in die Polizeikaserne am Weidmarkt geschafft. Dort wurde ihnen erneut die Benachrichtigung eines Anwalts verweigert. Der dennoch eingetroffene Anwalt wurde sogar mit der Behauptung, die Gefangenen hätten nicht nach ihm verlangt, abgewiesen. **Genosse Heuler wurde mit Tritten an den Kopf, in die Rippen und in die Magengegend, mit Faustschlägen und Würgegriffen auf das Schwerste mißhandelt, als ihn die Polizisten vor Eintreffen eines Anwalts gegen seinen Willen erkennungsdienstlich zu behandeln suchten.**

Erst nach 4 Stunden wurde ein Anwalt zu den inhaftierten Genossen gelassen. Weitere 13 Stunden dauerte es bis zur Freilassung der Genossen. Die Genossen sollen wegen „Landfriedensbruch" und Durchführung einer „ungenehmigten Versammlung" angeklagt werden.

Behörde unternahm nichts gegen Gefahr

Achtjähriges Mädchen ertrank

Während die Mutter sich auf der naheliegenden Wiese sonnte, ertrank keine hundert Meter von ihr entfernt ihre achtjährige Tochter im abgegrenzten Nichtschwimmerbecken eines Badesees in Bremen. Die Mutter hatte das Kind im Vertrauen auf die Abgrenzungen des Nichtschwimmerbeckens eine halbe Stunde lang allein im Wasser planschen lassen. Das Mädchen versank – wie sich am Abend herausstellte in einer Tiefe von 1,50 Metern im Nichtschwimmerbecken!

Mit allen möglichen Mitteln soll nun vertuscht werden, daß das achtjährige Mädchen nur deshalb ertrunken ist, weil das Wasserwirtschaftsamt kein Interesse daran hatte, eine seit langem bekannte Tiefe im abgezäunten Nichtschwimmerbecken aufzufüllen.

Den DLRG-Schwimmern, die mit den Örtlichkeiten des Sees vertraut sind, war diese Gefahrenstelle schon vor einigen Wochen aufgefallen. Sie hatten deshalb – wie sie gegenüber einer Zeitung berichteten – das Wasserwirtschaftsamt gebeten, die Mulde mit Sand aufzufüllen. Geschehen aber war von seiten des Wasserwirtschaftsamtes nichts. Nicht einmal mit Bojen oder Linien war die Tiefe markiert.

Der Leiter des Wasserwirtschaftsamtes aber, Baudirektor Bücken, will natürlich von nichts gewußt haben. Aber selbst, wenn er nichts gewußt haben sollte von dem Bericht der DLRG-Schwimmer, so ist er und sein Amt dennoch für den Tod des Mädchens voll verantwortlich. Er selbst nämlich stellte fest, daß der Untergrund eines natürlichen Sees sich ständig verändert. Wenn das diesen Herren aber klar ist, warum wurde dann vor über zehn Wochen die letzte Überprüfung der Tiefen im Nichtschwimmerbecken vorgenommen? Warum wurde dann nicht, wie notwendig, das Becken öfter ausgelotet?

Doch damit nicht genug. Baudirektor Bücken hat natürlich den Schuldigen für den Tod des Kindes bereits parat: „Der Untergrund bewegt sich, wenn auch kaum spürbar, ständig. Damit muß gerechnet werden. Ein bißchen muß man da auch an die Eigenverantwortlichkeit der Badegäste appellieren. Vor allem Kinder sind darauf hinzuweisen, daß sie sich in einem natürlichen See bewegen . . ."

Wenn die Eltern im Vertrauen auf das abgegrenzte Nichtschwimmerbecken, das zudem von 8 DLRG-Schwimmern bewacht wird, sich ausruhen, sind sie die Schuldigen? Wenn Kinder, die gekommen sind, um sich im Nichtschwimmerbecken einmal so richtig auszutoben, nicht wissen, was ein „natürlicher See' und seine besonderen Gefahren sind, dann sollen sie die Schuldigen sein – und all das in einer öffentlichen Badeanstalt der Stadt, für deren Sicherheit das Wasserwirtschaftsamt zuständig ist?

Die Untiefe von 1,50 Metern, die sich auf eine Fläche von 300 qm erstreckte und die dem Wasserwirtschaftsamt gemeldet worden war, wäre mit 100 Kubikmetern Sand leicht auffüllbar gewesen. Für das Wasserwirtschaftsamt offensichtlich ein zu großer Aufwand, für ein badendes Kind aber der Tod.

Es ist jedenfalls klar, daß im Sozialismus so etwas nicht passiert wäre, denn da zählt in erster Linie das Wohl der Menschen, und zwar deshalb, weil da die werktätigen Menschen es sind, die die Herrschaft über die Gesellschaft haben.

Nach Streik bei Dynamit Nobel

Erneut 15 türkische Kollegen abgeschoben

Fortsetzung von Seite 1

Bis jetzt hat sie noch keine Arbeitslosenunterstützung bekommen. Laut Bescheid vom Arbeitsamt soll sie 152 DM in der Woche erhalten. **Das wären 608 DM monatlich. Davon gehen allein 300 DM im Monat für die Miete weg.** Ihr Mann ist wie die anderen abgeschobenen Kollegen in der Türkei wahrscheinlich in Freiheit. Das geht jedenfalls aus einem Telegramm von einem der Abgeschobenen, das am 10. 7. in Nürnberg eintraf, hervor. Aber er findet in der Türkei natürlich keine Arbeit. 5-6 Millionen Arbeitslose gibt es in der Türkei.

Zwei der entlassenen türkischen Kollegen mußten inzwischen aufgrund eines Verwaltungsgerichtsentscheides wieder bei Dynamit Nobel eingestellt werden. Bei zwei anderen Kollegen wandelte die Firma die fristlosen Kündigungen inzwischen in fristgerechte um. Die fristgerechte Kündigung wird von den Nobel-Kapitalisten mit „Arbeitsmangel" begründet. In Wirklichkeit kann natürlich von „Arbeitsmangel" gar keine Rede sein. Gerade in der letzten Woche wurde bei Dynamit-Nobel Schichtarbeit eingeführt. Einige der entlassenen Kollegen haben inzwischen bei einer Firma außerhalb Nürnbergs eine Arbeit gefunden. **Aber dort verdienen sie ganze 5,20 DM die Stunde.**

Die Partei hat den Kampf der Kollegen weiterhin mit Flugblättern und Informationsständen unterstützt. Es geht dabei darum, die Abschiebung der drei noch inhaftierten Kollegen zu verhindern. Einer von ihnen ist als ehemaliger Funktionär der Atöf bekannt, ein anderer als Herausgeber einer revolutionären Zeitung. **Ihnen drohen im Falle einer Abschiebung in die Türkei schwere Repressionen des Regimes.** Im Mittelpunkt der Arbeit der Partei steht aber darüber hinaus die Aufgabe, am Beispiel Dynamit-Nobel die Notwendigkeit des gemeinsamen, revolutionären Kampfes der deutschen und ausländischen Arbeiter aufzuzeigen.

München

Kommunistischer Heimleiter entlassen

Klaus S. arbeitete im Münchner Freizeitheim Kleinhadern. In dieses Freizeitheim kamen vor allem Jugendliche und Kinder aus einer Obdachlosensiedlung in der Nähe. Klaus fand bei ihnen einen gewaltigen Haß auf den kapitalistischen Staatsapparat vor, von dem sie dauernd gedemütigt, kriminalisiert und unterdrückt werden. Viele von ihnen ertränkten diesen Haß allerdings in Alkohol und häufigen Schlägereien. Klaus sah es als Kommunist als seine Aufgabe an, die Kinder und Jugendlichen davon wegzubringen und ihnen zu zeigen, daß auch für sie die proletarische Revolution eine grundsätzliche Änderung ihrer Lage bringen wird.

Die Arbeit lief gut. Schon bald, nachdem Klaus seine Tätigkeit als Heimleiter aufgenommen hatte, gewann er das Vertrauen der Besucher des Heims und auch das seiner Kollegen. Dann nach drei Monaten, noch in der Probezeit, kam die Kündigung. Es wurde keine Begründung angegeben. Aber trotzdem war der Grund klar. Warum sonst erfolgte sie unmittelbar, nachdem ein Vertreter des Stadtrats das Heim inspiziert hatte und angesichts einer noch ungebrauchten Druckmaschine hämisch gefragt hatte, ob hier Flugblätter der KPD/ML gedruckt worden seien. **Es war klar, Genosse Klaus war wegen seiner kommunistischen Gesinnung, wegen seiner Sympathien für die KPD/ML entlassen worden.**

Diese Kündigung, die die zweite politische Kündigung im Freizeitheim Kleinhadern innerhalb kürzester Zeit war, stieß auf einhellige Empörung. Im Heim selbst wurden schon am Tag der Kündigung 100 Unterschriften gesammelt. Kinder schrieben spontan Briefe an die Geschäftsleitung. In wenigen Tagen waren es 200 Unterschriften. Eine Dokumentation über die politischen Entlassungen in Kleinhadern wurde angefertigt, für die bisher schon 350 DM gesammelt wurden.

Der Personalrat, in dem die D„K"P-Revisionisten gemeinsam mit einem Gewerkschaftsbonzen die Mehrheit haben, wurde gezwungen, eine Personalversammlung abzuhalten. Diese Versammlung fand ausserhalb der Arbeitszeit statt. Trotzdem kamen fast alle Kollegen aus den Freizeitheimen, mehr als sonst zu Personalversammlungen innerhalb der Arbeitszeit. Es gab über hundert Redebeiträge zur Entlassung des Genossen Klaus, die die Empörung der Kollegen über diese Entlassung zeigten. Die einzigen, die sich – natürlich nicht offen – für die Kündigung aussprachen, waren die Revisionisten der D„K"P. So meinte einer von ihnen scheinheilig: „Ich weiß nicht, wie der Heimleiter gearbeitet hat, deswegen können wir nicht darüber abstimmen." Eine Kollegin meinte dazu: „Ihr argumentiert ja wie die Geschäftsleitung."

Als eine Resolution gegen die Kündigung des Genossen verabschiedet werden sollte, brüllte ein D„K"P-Vertreter zunächst: „Gegenantrag!" Nachdem er sich im Saal umgeblickt hatte, zog er allerdings seinen Antrag zurück. Die Resolution gegen die Kündigung des Genossen wurde mit 78 gegen 3 Stimmen angenommen. Ebenso wurde eine zweite Resolution gegen die sich häufenden politischen Entlassungen verabschiedet.

In einer Stellungnahme zur Personalversammlung und in einem späteren Flugblatt zur Entlassung des Genossen Klaus wurde noch einmal auf die Rolle der modernen Revisionisten eingegangen. Im Flugblatt heißt es:

„Die einzigen im Personal, die gegen mich Stimmung machen wollten, waren einige falsche ‚Kommunisten' von der D,K'P. Ihr Ziel war es, die einheitliche Solidaritätsfront der Kollegen für mich zu spalten, Gerüchte in die Welt zu setzen. An diesem kleinen Beispiel zeigt sich deutlich, welche Rolle diese angeblichen ‚Kommunisten' der D,K'P auch sonst überall spielen. Als Feuerwehr der Geschäftsleitung, der Fabrikbosse, der Kapitalistenklasse tun sie sich überall da hervor, wo es darum geht, Streiks und andere Kampfaktionen abzuwiegeln, zu spalten und uns von unserem berechtigten Kampf abzuhalten. Sie sind es, die uns ein faschistisches Regime wie die heutige Sowjetunion und die DDR als sozialistisch hinstellen wollen. Nein! Solche ‚Kommunisten' stehen nicht auf unserer Seite – nicht im Kampf für die Tagesforderungen und auch nicht im Kampf für eine bessere Gesellschaft, den Sozialismus."

Genosse Klaus wurde trotz des breiten Protestes entlassen.

Aber auch nach seiner Entlassung fragten Kinder und Jugendliche immer wieder nach ihm. Sie schimpften und sagten: „Was für eine Demokratie!" Zum Arbeitsgerichtsprozeß des Genossen kamen zwei Jugendliche. Sie schwänzten dafür die Berufsschule. Auch Kollegen kamen. Sie konnten hier erleben, daß das Gericht nicht „Recht" sprach, sondern den Kampf der Geschäftsleitung gegen einen Kommunisten weiterführte: **Als die Geschäftsleitung ins Schwimmen kam, war es der Richter, der vorschlug, vorsorglich gleich noch eine zweite Kündigung auszuschreiben, die formal korrekt sei. Die sei dann bestimmt „rechtsgültig".**

Inzwischen ist die Kündigung von Klaus S. perfekt. Seine Nachfolgerin ist eine bekannte Vertreterin der D„K"P. In mindestens 8 von 29 Heimen in München sind es ebenfalls Angehörige der D„K"P, die die Bourgeoisie im Gegensatz zu einem Sympathisanten der KPD/ML für geeignet hält, die Jugend zu erziehen.

Wenn auch die Kündigung nicht verhindert werden konnte, so war der Kampf nicht umsonst. Der Genosse schreibt:

„Vielen meiner Kollegen, vielen Jugendlichen und Kindern ist durch den Kampf gegen meine Entlassung klarer geworden, daß dieser Staat ein Gewaltinstrument zur Unterdrückung des werktätigen Volkes ist. Einige sehen, daß man diesen Staatsapparat gewaltsam stürzen muß, wenn man die Unterdrückung des Volkes endgültig beenden will. Für viele hat sich die D,K'P entlarvt als ein Teil der Bourgeoisie. Gute Kontakte sind geknüpft worden und im Kampf gefestigt worden."

Prof.Sigrist droht Berufsverbot

Für den 9. 9. 1975 hat die bürgerliche Klassenjustiz einen Prozeß gegen den Münsteraner Professor Sigrist angesetzt. Wie Hunderte andere soll er verurteilt werden, weil er den Mord an Genossen Günter Routhier Mord genannt hat, weil er, um diese Wahrheit zu verbreiten, selber auf die Straße gegangen ist und Flugblätter verteilt hat. Wird Professor Sigrist verurteilt, dann droht ihm Berufsverbot, wie es schon gegen Hunderte von Lehrern durchgesetzt wurde.

In diesem Fall jedoch wird die Bourgeoisie auf erheblichen Widerstand stoßen. Das zeigte sich bereits am 3. 7., als mehrere hundert Studenten im überfüllten Audi-Max der Uni Münster an einer Veranstaltung gegen das drohende Berufsverbot teilnahmen. Allen Drohungen zum Trotz prangerte Professor Sigrist hier erneut den Mord an Genossen Günter an und bewies anhand der vorliegenden Tatsachen, daß die Wahrheit auf seiten derjenigen steht, die in den verschiedensten Prozessen in der ganzen Bundesrepublik als Angeklagte vor Gericht gezerrt werden. Professor Sigrist ging weiter darauf ein, daß es sich weder beim Mord an Genossen Günter noch bei dem Angriff der Bourgeoisie gegen ihn um einen Einzelfall handelt. Beides zeigt die verschärfte Form der Unterdrückung, die das kapitalistische System heute gegen seine politischen Gegner anwendet.

Diese breite Solidarität für Professor Sigrist ist gleichzeitig eine Niederlage für die modernen Revisionisten an der Uni Münster. Der KSB/ML schreibt in seiner Zeitung „Das revolutionäre Bündnis": „Was haben sie gemacht, als unser Genosse Günter Routhier ermordet wurde? Sie haben eine wilde Hetze entfaltet gegen die ‚Chaoten und Maoten, die durch ihre sektiererische Politik die Polizei provozieren'. Mit anderen Worten: Wir sind selbst schuld, wenn die Polizei mordet. Was haben sie gemacht, als wir auf einer AStA-Veranstaltung eine Resolution zu Günter Routhier verabschiedet haben? Sie haben gesagt: ‚Ach, ihr immer mit eurem Routhier, hört bloß auf.' Sie haben versucht zu verhindern, daß die Resolution vorgetragen wurde. Das haben sie allerdings nicht geschafft." Der KSB/ML warnt gleichzeitig davor, daß die modernen Revisionisten heute, wo sie die Stärke der Solidaritätsbewegung sehen, versuchen werden, sich in diese Bewegung einzuschleichen, um sie zu spalten und in die Irre zu führen.

SOLIDARITÄT MIT PROFESSOR SIGRIST!

Solidarität mit politisch Verfolgten

Seit dem 16. 8. 1974 sind folgende Spenden auf das Konto des Vorstandes der KPD/ML, Stichwort: „Solidarität" eingegangen:

16. 8., OG Hamburg, 404 DM – 16. 8., OG Kempten, 84 DM – 21. 8., Thälmannveranstaltung OG Hamburg, 1010,50 DM – 22. 8., Veranstaltung Düsseldorf, 162 DM – 26. 8., Thälmann-Veranstaltung OG Kiel, 90,01 DM – 29. 8., Thälmann-Veranstaltung OG Hamburg, 100 DM – 30. 8., Einzugsfeier Westberlin/Prozeß Ernst, 78,80 DM – 3. 9., RG Veranstaltung Hamburg, 228,30 DM – 20. 9., OG Köln, RAKT-Prozesse, 460 DM – 30. 9. OG Marburg, RAKT-Prozesse, 77,28 DM – 9. 10., OG Dortmund, RAKT-Prozesse, 290 DM – 14. 10., Buchladen Westberlin, RM-Prozesse, 183 DM – 15. 10., Veranstaltung OG Bochum, 158,30 DM – 30. 10., Buchladen Westberlin, RM-Prozesse, 57,91 DM – 4. 11., S. Lörrach, 20 DM – 7. 11., J. B., Essen, 20 DM – 22. 11., W. R., Karlsruhe, 145 DM – 22. 11., Arbeiterrunde Kiel-Friedrichsort, 59,66 DM – 26. 11. Buchladen „Roter Morgen", München, RAKT-Prozesse, 129,90 DM –

Summe: 3 758,66 DM

(Wird fortgesetzt)

Korrespondenzen

Korrespondenzen an: Redaktion ROTER MORGEN
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

NORDRHEIN-WESTFALEN

Kürzlich wollte ich einen ausländischen Kollegen im Wohnheim (Mannesmann-Wohnheim) besuchen. Der Pförtner verlangte meinen Ausweis als „Pfand". „Damit Sie auch wiederkommen und nicht da drin wohnenbleiben." Als ich zurückkam, sah ich, daß er meinen Namen auf einen Zettel notiert hatte. Im Guten wollte er nicht mit sich reden lassen. „Ich habe meine Anweisungen von der Firma." Als ich diese faschistischen Spitzelmethoden scharf angriff, schien der Pförtner unsicher zu werden. Er erklärte sich bereit, den Zettel zu zerreißen und warf ihn in den Papierkorb. Darauf ließ ich mich jedoch nicht ein. Ich angelte mir die beiden Teile aus dem Papierkorb, sagte, mir wäre es doch sicherer, den Zettel mitzunehmen und wollte gehen. Da hättet Ihr den „demokratischen" Pförtner erleben sollen! Er bekam fast einen Herzanfall, sprang auf, schrie, fuchtelte mit den Armen und versuchte verzweifelt, in den Besitz des Zettels zu gelangen. (Offenbar hatte er sich meinen Namen nicht merken können). Er bekam ihn auch. Aber beruhigt hat ihn das sicher nicht. Was ich ihm gab, war eine Handvoll winziger Papierkügelchen.

Genossen, diese Begebenheit ist kein Einzelfall. Die faschistische Bespitzelung der ausländischen Kollegen durch Werkschutz und Polizei ist die Regel.

Ein Genosse

Genossen,

ich bin in einer Psychologischen Beratungsstelle tätig. Dieser Tage erschien ein arbeitsloser Jungarbeiter und fragte nach einem zuverlässigen Arzt und einem Rechtsanwalt. Er berichtete folgendes:

Gestern gegen 17 Uhr bin ich in Essen getrampt. Ein Fahrer hatte mich an einem Autobahnzubringer herausgelassen und ich versuchte weiterzutrampen. Es hielt auch ein Wagen an und ich sagte: „Ach, das ist ja prima, können Sie mich vielleicht nach Braunschweig mitnehmen?" **Ein Mann stieg aus und brüllte mich an: „Zeigen Sie erst mal Ihren Paß!" Erst jetzt merkte ich, daß das zivile Polizisten waren.** Als ich meinen Paß nicht schnell genug fand, brüllte der Polizist mich wieder an. Ich sagte: „Nur sachte, ich habe meinen Paß." Daraufhin schlug mich der Polizist zu Boden.

Ich schrie um Hilfe, da kam der andere, setzte sich auf mich und drückte mir die Kehle zu, damit ich nicht mehr schreien konnte. Der andere trat mir in die Rippen und an den Kopf. Dann riefen sie über Polizeifunk an, ob bei Interpol oder bei der örtlichen Polizei etwas gegen mich vorläge. Beide Male hieß es „negativ".

Als ich fragte, was denn „negativ" heiße, sagten sie zynisch lachend: „Positiv ist für die Polizei gut, negativ ist für die Polizei schlecht." Ich spuckte Blut und wurde mit zur Wache genommen und längere Zeit festgehalten.

Als ich eine Anzeige wegen Körperverletzung aufgeben wollte, verweigerten die diensthabenden Polizisten auf der Wache dies mit der Bemerkung, sie seien befangen und könnten schließlich keine Anzeige gegen ihre Kollegen aufnehmen. Wenn Baader und Meinhof den Richter wegen Befangenheit ablehnen könnten, könnten sie schließlich auch etwas wegen Befangenheit ablehnen!

Auf mein Verlangen wurde ich ins Krankenhaus gebracht und untersucht sowie geröngt. Obwohl ich Schmerzen im Brustkorb hatte, konnte man angeblich keine „frischen, knöchernen Verletzungen feststellen". Wieso ich Blut spuckte, konnte man mir auch nicht erklären.

Ein Genosse aus Bochum.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

DORTMUND

Genosse Wolfgang H. aus Dortmund erhielt jetzt einen Strafbefehl über 1 125 DM (ersatzweise 75 Tage Haft), weil er angeblich ein Flugblatt zum Kölner Antifaschistenprozeß verteilt haben soll, in dem es unter anderem heißt: „Das erinnert an Freisler-Methoden!"

DORTMUND

Die Genossen Anna und Peter Schulte erhielten jetzt Strafbefehle über je 900 DM, weil sie sich gegen die Polizei zur Wehr gesetzt haben sollen, die die Veranstalter eines Kongresses der „Deutschen Friedensgesellschaft" und der IdK/VdK geholt hatten, um eine Gruppe von Kommunisten am Besuch des Kongresses und an der Entlarvung der pazifistischen und revisionistischen Parolen der Führer dieser Organisationen zu hindern.

DUISBURG

Anfang der letzten Woche fand in Duisburg ein Prozeß gegen den Genossen Franz P. aus München statt, der wegen Widerstand und Körperverletzung angeklagt war, weil er zu Beginn des Trauerzuges zu Ehren des Genossen Günter einen Polizisten verletzt haben soll, als die Polizei mit Schlagstöcken gegen die Trauergäste vorging. Von den drei Polizeizeugen, die im Prozeß aufgefahren worden waren, hatten allerdings zwei gar nichts gesehen und der angeblich verletzte Polizist hatte lediglich eine Stange in der Luft herumwedeln sehen. Daraufhin mußte sogar der Staatsanwalt die Anklage wegen Körperverletzung zurückziehen. Das Gericht verurteilte den Genossen wegen Widerstand zu 600 DM Geldstrafe.

MÜNCHEN

Im Herbst 1973 hatte die Partei mit einem Flugblatt, einer Wandzeitung und einem Literaturstand in München gegen die Verschleppung des Genossen Werner Lukas durch die Polizei protestiert. Damals waren fünf Verteiler festgenommen und mehrere Broschüren der Partei beschlagnahmt worden. Jetzt fand ein Prozeß gegen die Verteiler wegen § 90a statt. Die Genossen wurden zu Geldstrafen zwischen 100 und 300 DM verurteilt.

WATTENSCHEID

Weil er in einem Prozeß gegen mehrere Flugblattverteiler, die der Richter verurteilte, obwohl noch nicht einmal feststand, ob sie das Flugblatt überhaupt verteilt hatten oder nicht, die bürgerliche Klassenjustiz angegriffen hatte, erhielt Dieter Vogelmann jetzt einen Strafbefehl über 1 400 DM wegen „Beleidigung".

SIEGBURG

Im Zusammenhang mit der Ermordung des Genossen Günter Routhier waren zwei Rotgardisten wegen „übler Nachrede" angeklagt. Ungefähr 20 jugendliche Zuschauer waren bei dem Prozeß im Jugendgericht Siegburg anwesend. Die Genossen beantragten die Einstellung des Verfahrens, da in dem Verfahren, das Rotraud Routhier gegen die Duisburger Polizisten angestrengt hat, noch keine rechtskräftige Entscheidung vorliegt. Trotz heftigen Protests der Staatsanwältin sah sich der Richter gezwungen, diesem Antrag stattzugeben.

WIESBADEN

Eine 85jährige Genossin aus Wiesbaden sammelte und spendete selbst 50 DM für den Genossen Peter Bayer. Die Genossin liest schon seit über zwei Jahren den ROTEN MORGEN.

Wir drucken aus diesem Anlaß noch einmal die Adressen der inhaftierten Genossen ab und fordern unsere Leser auf, die Genossen mit Briefen usw. zu unterstützen.

Hubert Lehmann, JVA Niederschönfeld/ Donauwörth;

Peter Bayer, 61 Darmstadt, Marienburgerstr. 74.

BONN

Nach mehr als drei Jahren Ermittlungstätigkeit begann vor einem Bonner Sondergericht der Prozeß gegen 7 Antifaschisten und Kommunisten, unter ihnen Genosse Karl Weiland, Mitglied der zentralen Leitung des KSV. Die Genossen sind angeklagt wegen „Landfriedensbruch", weil sie vor drei Jahren gegen den Besuch des japanischen Kaisers Hirohito demonstriert hatten. Das Gericht verhängte bereits mehrere Tage Ordnungsstrafe gegen die Angeklagten.

MÜNCHEN

In einem Prozeß, der sich über mehrere Verhandlungstage hinzog, wurden in München 6 Sympathisanten der GRF (KPD) zu insgesamt 5 600 DM Geldstrafe verurteilt, weil sie trotz Verbot eine Sammlung zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes durchgeführt hatten. Der Staatsanwalt hatte gegen die Genossen, die bei ihrer Sammlung von der Polizei überfallen und dann wegen Körperverletzung, Widerstand und Gefangenenbefreiung angeklagt waren, insgesamt 6 Jahre Gefängnis beantragt.

Nieder mit dem Gandhi-Regime

Das indische Volk wird siegen!

Mit wildem Terror geht in Indien die reaktionare Regierung unter Indira Gandhi gegen jeden Widerstand des Volkes im Land vor, das mit Protest- und Kampfaktionen auf den faschistischen Staatsstreich der Gandhi-Clique energisch antwortet.

In fast allen größeren Städten sind inzwischen tausende Gegner der antinationalen und volksfeindlichen Regierungspolitik in den Kerker geworfen worden. Auf den Straßen herrscht blutiger Polizeiterror. In Neu-Delhi geht die Polizei mit „Lathis", bleibeschwerten Bambusstöcken, gegen jede Ansammlung von mehr als fünf Menschen vor. Im indischen Staat Bihar schoß Polizei in eine demonstrierende Menschenmenge. Überall im Land zeugen Blutspuren von der faschistischen Unterdrückung.

Diese Unterdrückungsmaßnahmen richten sich nicht etwa, wie die indischen und revisionistischen Presseagenturen verbreiten, nur gegen die Politiker einiger Oppositionsparteien, sondern sie richten sich vor allem gegen das indische Volk, dessen Widerstand gegen die reaktionäre Regierung und deren ausländische Freunde gebrochen werden soll.

Wie stark dieser Widerstand gegen Kolonialismus und Unterdrückung im Innern ist, davon legen die revolutionären Kämpfe der indischen Arbeiter und Bauern von Telangana (1946), Yrebhaga (1951), Naxalbari (1967) und Srikakulam (1969) Zeugnis ab. Sie zeigen aber auch die Grausamkeit, den blutigen Terror, mit dem die herrschende Klasse Indiens gegen die Volksmassen vorgeht. Der Mord an hunderten Menschen beim Massenaufstand in Gujarat, die blutige Niederschlagung des Eisenbahner- und Dockerstreiks 1974 und 1975 stehen dabei genauso in einer Reihe mit den jüngsten Unterdrückungsmaßnahmen der Gandhi-Regierung.

Doch während alle Welt empört ist über den faschistischen Staatsstreich und die Verbrechen der Indira Gandhi gegen das indische Volk und während das Volk den Kampf gegen die Errichtung der faschistischen Diktatur aufnimmt, klatscht allein die Revisionistenpartei in Indien, die als treue Dienerin der Regierung nicht verboten wurde, lauthals Beifall, und mit ihr natürlich noch lauter diejenigen, die sich stets so gern als „Freunde der Völker" ausgeben: die russischen Sozialimperialisten.

Die Moskauer Nachrichtenagentur TASS hob angesichts der Verbrechen der Gandhi-Regierung hervor, daß diese Handlungen Indira Gandhis „Schritte zur Verteidigung der demokratischen Institution in Indien" sind. Dieser Jubel der russischen Sozialimperialisten über die Vorgänge in Indien zeigt nicht nur erneut, daß die neuen Zaren im Kreml ärgste Feinde der kämpfenden Völker sind, sondern zugleich auch, daß die sowjetischen Sozialimperialisten ihre Finger bei den jünsten Vorgängen in Indien mit im Spiel haben. Wenn sie nämlich dieses Regime verteidigen, das weder mit Demokratie noch mit Frieden auch nur etwas gemeinsam hat, dann verteidigen sie praktisch ihre eigenen Interessen in diesem Land.

Die russischen Sozialimperialisten selbst sind in den vergangenen Jahren in immer stärkerem Maße mit Hilfe des Regimes Indira Gandhis in Indien eingedrungen, haben wichtige Zweige der Wirtschaft des Landes unter ihre Kontrolle gebracht und durch ihren Einfluß auf ökonomischem, politischem wie militärischem Sektor sich zu einem neokolonialistischen Herrscher über dieses Land gemacht. Die indischen Reaktionäre sind heute eine wichtige Stütze der russischen Sozialimperialisten bei ihrem Versuch, über Indien wie über ganz Asien die russische Vorherrschaft zu errichten.

Das ist der wahre Grund, warum die russischen Sozialimperialisten die faschistischen Maßnahmen der Gandhi-Regierung, die blutige Unterdrückung des Volkes als „fortschrittlich", als „Verteidigung der Demokratie" feiern. Mehr noch: Die russischen Sozialimperialisten wünschen geradezu die faschistische Unterdrückung des Volkes, denn der Kampf der indischen Volksmassen richtet sich ebenso gegen ihre Vorherrschaft, gegen ihre Ausplünderung wie gegen die Gandhi-Regierung, die Indien mehr und mehr an die Sozialimperialisten verschachert. **Wenn nämlich heute über 200 Millionen Inder an Hunger leiden, etwa 350 Millionen in äußerster Armut leben – 60 Millionen mehr als vor dem Machtantritt Indira Gandhis –, wenn etwa 170 Millionen Inder keine ständige Arbeit haben, Millionen ihr Dasein durch Betteln fristen, zig Millionen Bauern keinen Handbreit Boden besitzen und über 70% der Bevölkerung Analphabeten sind, so geht das nicht nur auf das Konto der britischen und amerikanischen Imperialisten, sondern heute ebenso auf das Konto der Blutsauger im Kreml! Durch ihre ungleichen Verträge, die sie mit den indischen Reaktionären abschließen, haben sie es in Indien soweit gebracht, daß umgerechnet jeder Inder – ob alt oder jung – den sowjetischen Wucherern 30 bis 40 Rupien schuldet.**

Das ist der Grund, warum die sowjetischen Sozialimperialisten die indischen Volksmassen fürchten, warum sie sich für jede weitere Unterdrückungsmaßnahme des Gandhi-Regimes so laut begeistern. **Doch die indischen Arbeiter und Bauern sind nicht gewillt, die Unterdrückung, den Hunger und das Elend hinzunehmen.** Trotz der brutalen Polizeieinsätze fanden z.B. in Bombay Streiks und Geschäftsschließungen gegen den faschistischen Staatsstreich der Gandhi-Regierung statt. Ebenso im Norden von Bombay, in der Stadt Poona. Über tausend Streikende führten dort eine Demonstration durch. In Trivandrum, der Hauptstadt von Kerala, demonstrierte eine Menschenmenge vor der Residenz des Gouverneurs, Studenten boykottierten den Unterricht. In der Stadt Ahmedabad in Gujarat und in einigen anderen Städten und Kleinstädten fanden Demonstrationen statt. In Mehsana organisierten die Arbeiter einen Streik. Protestmärsche wurden in mehreren Städten des Staates Mysore abgehalten. Am 27. Juni streikten Arbeiter in Patna und anderen Städten des Staates Bihar. Massendemonstrationen von Tausenden fanden in Neu-Delhi am 29. Juni statt. All diese Kampf- und Protestaktionen zeigen, daß das indische Volk durch die Unterdrückung sich nicht einschüchtern läßt, sondern daß es, seinen revolutionären Traditionen folgend, seinen Kampf gegen die indischen Reaktionäre wie gegen deren ausländische Oberherren – ob in Moskau oder Washington – noch verstärken wird.



„Die Gewalt ist die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht." Karl Marx. Parole der Kommunistischen Partei Indiens/Marxisten-Leninisten.

UNO-Weltfrauenkonferenz in Mexiko beendet

Nach zweiwöchiger Tagung ging in Mexiko die UNO-Weltfrauenkonferenz zu Ende. Über 1 000 Frauen aus 127 Ländern, darunter Delegationen von 33 Befreiungsbewegungen, haben an der Konferenz teilgenommen. Die Konferenz selbst zeigte, welch bedeutende Rolle die Frau heute auf der Welt im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus eingenommen hat. So waren es auch die kämpfenden Frauen der Länder der Dritten Welt, der Befreiungsbewegungen und der sozialistischen Länder China und Albanien, die den Verlauf dieser Konferenz prägten.

Anders die Delegierten der USA, Großbritanniens oder Westdeutschlands. Ministerin Liselotte Funke, die die Delegation der westdeutschen Imperialisten auf dieser Konferenz anführte, bedauerte z. B. sehr, daß auf dieser Konferenz über politische Fragen und wie sie meinte, nicht über Frauenprobleme gesprochen worden wäre. Was Frau Funke, wie auch die anderen Delegierten der imperialistischen Länder gern gesehen hätten: wenn in Mexiko losgelöst von der Klassenfrage, von der Unterdrückung der Nationen über die „Frau im allgemeinen" geschwatzt worden wäre. Denn es ist keineswegs im Interesse der Imperialisten, wenn Mann und Frau in einer Front gegen Imperialismus, Kolonialismus und Unterdrückung jeglicher Art kämpfen, vielmehr suchen die Imperialisten gerade einen Keil zwischen Mann und Frau zu treiben, um die Front gegen Imperialismus und Unterdrückung jeder Art zu schwächen.

Auf dieses Problem eingehend, stellte die Vertreterin der Delegation der Volksrepublik Albanien, Genossin Vito Kapo in ihrer Rede vor der UNO-Konferenz fest: „Der Kampf für die vollständige Befreiung der Frau ist nicht zu trennen vom Kampf der Völker für die nationale und soziale Befreiung, er ist nicht zu trennen vom Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, gegen Kolonialismus und Neokolonialismus, gegen Rassismus und Apartheid, und alle anderen Formen der Unterdrückung und Ausbeutung." An anderer Stelle fuhr die Genossin fort: **„Seit langem ist bewiesen, daß die Ungleichheit der Rechte von Mann und Frau nicht gesucht werden kann in den „besonderen Qualitäten" des Mannes und der „Unfähigkeit" der Frauen. Wenn in den Jahrhunderten die Welt der Frauen aus „Kindern, Kirche und Küche" bestand, so würde sie darauf beschränkt durch die sozial-politischen Ordnungen und nicht durch den Mann. Jeder Versuch, die Männer, die Kinder oder die Familie für diese Ungleichheit verantwortlich zu machen oder das Problem der Frau zu trennen von den großen gesellschaftspolitischen Problemen eines jeden Landes, schwächt den Kampf gegen die Hauptverantwortlichen für die Ungleichheit, gegen das System der Unterdrückung und Ausbeutung, schwächt den Kampf gegen die Imperialisten, Kolonialisten, Rassisten und andere Kräfte, die die Völker, vor allem die Frauen, unterdrükken und versklaven, die sie daran hindern, alle ihre Fähigkeiten im Interesse ihres Landes und der gesamten Menschheit zu entfalten."**

Die Wachsamkeit der Frauen im Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus einzulullen versuchte die Führerin der Delegation der russischen Sozialimperialisten, Nikolajewna Tereschkowa. Sie brachte das abgedroschene Lied von „Entspannung" und „Waffenreduzierung" vor. Die wachsende Kriegsgefahr durch die verstärkte Rivalität zwischen den beiden Supermächten, der Sowjetunion und den USA, die wahnsinnige Aufrüstung und die Kriegsvorbereitungen in Moskau und Washington verleugnend, behauptete sie, der „kalte Krieg" sei abgelöst durch die „Entspannung" dank der „friedliebenden Politik der Sowjetunion" und predigte, daß die Vertiefung der „Entspannung" es ermöglichen würde, Fragen zu lösen „einschließlich solcher, die sich auf die Verbesserung der Lage der Frauen beziehen."

Auf diese Provokation gab ihr die Leiterin der Delegation der Volksrepublik China die entsprechende Antwort. Sie entlarvte die Hegemoniepläne der aggressiven sowjetischen Supermacht und zeigte, daß angesichts der Bedrohung der Völker und der Nationen durch die wahnsinnige Aufrüstung und Kriegsvorbereitung der russischen Sozialimperialisten Worte wie „Entspannung" und „Waffenreduzierung" pure Heuchelei und Demagogie sind. Sie rief aus: „Unter diesen Umständen müssen die Frauen aller Länder sich dem Hegemonismus der Supermächte widersetzen, wenn sie Emanzipation und die Rechte der Frauen verteidigen wollen. Als ein Mitglied der Vereinten Nationen ist es unsere Pflicht, den Hegemonismus der Supermächte zu entlarven, und das zu tun, ist auch unser Beitrag zur Weltkonferenz." Mehrere Delegierte von Ländern der Dritten Welt schlossen sich dem Protest der Genossin Li Su Wen an und entlarvten die Demagogie der russischen Sozialimperialisten.

Zuvor hatte bereits die Vertreterin der chinesischen Delegation, Genossin Li Su Wen, in einer von der Mehrheit der Delegierten begeistert aufgenommenen Rede dargelegt, daß den Kampf der Frauen zu stärken und zum Ziel zu führen, heißt, die revolutionären Kämpfe des Volkes gegen Hegemonismus, Imperialismus und Kolonialismus voranzutreiben. Sie sagte wörtlich in ihrer Rede: **„Die Emanzipation der Frauen ist eine gemeinsame Aufgabe des ganzen Volkes. Ihr Erfolg erfordert die gemeinsamen Anstrengungen und den Kampf des ganzen Volkes. Gleichzeitig ist die Emanzipation der Frauen in erster Linie von entscheidender Bedeutung für die Frauen selbst und muß durch ihren eigenen Kampf errungen werden. Sie dürfen nicht erwarten, daß ihnen die Emanzipation als Gunst gewährt wird, oder daß eine kleine Gruppe von Leuten sie für sie durchsetzt. Kann die Emanzipation der Frauen durch Verabschiedung von Gesetzen zum Schutz der Rechte der Frauen verwirklicht werden? Solche Gesetze können hilfreich sein, aber ohne den Kampf der Frauen selbst werden solche Gesetze nicht formuliert, und selbst wenn sie formuliert würden, wäre es schwierig sie zu verwirklichen. In einem solchen Fall gibt es immer noch keine wirkliche Garantie für die Rechte der Frauen und ihre Emanzipation. Die Erfahrung lehrt, daß nur dann die Frauen ihren Horizont erweitern, ihr politisches Bewußtsein erhöhen, ihre Fähigkeiten entwickeln, ihre Minderwertigkeitsgefühle loswerden, ihre eigene Stärke sehen und den Mut und das Kampfvertrauen steigern können, wenn sie sich am Befreiungskampf der unterdrückten Völker und Nationen und an der gesellschaftlichen produktiven Arbeit beteiligen. Durch Beiträge zur Sache der Revolution und des Aufbaus des Landes, durch die Beteiligung an den Kämpfen werden die Frauen ihre eigene Position stärken und die Achtung der Gesellschaft erringen."**

Auf dieser Grundlage, die ihren Niederschlag in der Grundsatzerklärung des Welt-Aktionsplans fand, werden die kämpfenden Frauen der ganzen Welt im Dienste des Kampfes gegen Hegemonismus, Imperialismus und Kolonialismus sich immer enger zusammenschließen und so auch die Emanzipation der Frauen erringen.

Rabin in Bonn

Fortsetzung von Seite 1

sche Zionistenbande mit Rabin an der Spitze gegen das ganze palästinensische Volk vor, beraubt es seiner Reichtümer, seines Territoriums und sucht es systematisch auszurotten. Dieser Verbrecher, der sich in Bergen-Belsen als Antifaschist geben will, ist in Wahrheit ein gelehriger Schüler des Hitlerfaschismus und es ist die Aufgabe jedes wirklichen Antifaschisten, die Verbrechen dieses Mannes und seines Regimes aufzudecken und gemeinsam mit den arabischen Völkern zu bekämpfen, gemeinsam auch mit der jüdischen Bevölkerung Israels, die sich mehr und mehr – trotz der unverschämten Hetze und Demagogie der Zionisten in Israel – gegen das Unterdrückerregime der israelischen Zionisten erhebt.

Die westdeutschen Imperialisten aber sicherten dem Zionistenregime in Tel Aviv auch weiterhin Unterstützung zu. Zwar forderte Bundeskanzler Schmidt, daß die Regierung Israels die UNO-Resolution 242 verwirklichen müsse, die die vollkommene Räumung der von Israel besetzten arabischen Gebiete vorsieht. Doch nicht Worte und Apelle sind entscheidend. Denn in der Tat bekam Rabin für die Verbrechen der israelischen Zionisten an den arabischen Völkern nicht weniger als für 80 bis 100 Millionen DM Kreditbürgschaft von Schmidt zugesichert.

So ließen es die westdeutschen Imperialisten auch gern geschehen, daß in der Nähe Bonns Rabin sich mit US-Aussenminister Kissinger treffen konnte, um neue Komplotte gegen die arabischen Völker zu schmieden. Kissinger kam von Genf angereist, wo sich zuvor die Vertreter der beiden Supermächte, Kissinger und Gromyko, die größten Feinde der arabischen Völker, über ihr Vorgehen im Nahen Osten beraten hatten.

Kissingers neuestes Komplott, das er Rabin unterbreitete, sieht vor, daß die israelischen Zionisten auf der besetzten arabischen Sinai-Halbinsel geringe Zugeständnisse machen, ihre Front um einige Kilometer weiter zurücklegen und die ägyptischen Ölquellen von Abu Rhodeis, wo die Zionisten seit Jahren arabisches Öl stehlen, zurückgeben werden. Dafür aber soll Ägypten gezwungen werden, Israel in den bestehenden Grenzen anzuerkennen, die besetzten arabischen Gebiete also an die israelischen Zionisten abzutreten. Die Forderungen des palästinensischen Volkes sollen dabei zugleich gänzlich unter den Tisch fallen.

Mögen die US-Imperialisten ihre Komplotte noch so sehr mit wohlklingenden Vokabeln wie „Friedensplan" usw. drapieren, es ist offensichtlich, daß sie sich gegen die arabischen Völker richten und die zionistische Aggression im Interesse der Vorherrschaftspläne des US-Imperialismus im Nahen Osten stützen.

Frieden im Nahen Osten wird es erst und nur dann geben, wenn die israelischen Zionisten die besetzten arabischen Gebiete restlos geräumt haben und wenn die Kernfrage der Probleme des Nahen Osten gelöst ist, die Frage des palästinensischen Volkes. Erst wenn das palästinensische Volk die auf dem Boden seiner Heimat gewaltsam errichtete Terrorherrschaft der israelischen Zionisten beseitigt hat und seine nationalen Rechte voll wieder verwirklicht sind, wird es wirklich im Nahen Osten Frieden geben können.

Doch dieser Frieden kann vom palästinensischen Volk wie von den anderen arabischen Völkern nur im revolutionären Befreiungskampf errungen werden. Denn die israelischen Zionisten – das hat Rabin auch in Bonn klar zum Ausdruck gebracht – werden niemals friedlich ihre Terrorherrschaft aufgeben. Und genauso wenig werden die beiden Supermächte, der US-Imperialismus wie der russische Sozialimperialismus die Zerschlagung der Zionisten-Clique in Tel Aviv ohne weiteres zulassen. Denn die eine wie die andere Supermacht versucht mit Unterstützung dieser Clique ihre eigene Vorherrschaft im Nahen Osten über und gegen die arabischen Völker zu errichten. Für die arabischen Völker wird es daher einen schwierigen und langwierigen Kampf geben, bis sie ihr Ziel, nationale Freiheit und Unabhängigkeit verwirklicht haben. Diesen Kampf zu unterstützen, ist die Aufgabe aller wahren Antifaschisten, aller wahren Antiimperialisten.



Von den Zionisten zerstörtes Palästinenser-Lager im Libanon

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Die Völker Brasiliens und Kolumbiens sind Brudervölker

Das Organ der Kommunistischen Partei Brasiliens („A classe Operaria") teilt mit, daß vor kurzem ein Treffen zwischen Delegationen der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten und der Kommunistischen Partei Brasiliens stattgefunden hat. Das Treffen war von hohem revolutionären Geist und von der Einheit der Standpunkte gekennzeichnet.

Die Delegation der Kommunistischen Partei Brasiliens bekundete ihre Solidarität und Unterstützung für den Kampf des kolumbianischen Volkes gegen den Yankee-Imperialismus und die einheimische Ausbeuterklasse. Sie würdigte die reichen Kampftraditionen und die reiche Erfahrung des kolumbianischen Volkes in seinem 25jährigen Kampf und vor allen Dingen den bewaffneten Widerstand der Bauern im Nordosten Kolumbiens, die als erste Lateinamerikas die Fahne des Volkskriegs unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen kommunistischen Partei erhoben.

Die Delegation der Kommunistischen Partei Brasiliens begrüßt die Militanz der Volksbefreiungsstreitmacht, die Entwicklung der Patriotischen Befreiungsfront und die Verstärkung der . . . patriotischen Räte, die die ersten Organe der Volksmacht darstellen und als Ergebnis des bewaffneten Kampfes errichtet worden sind.

Die Delegation der Kommunistischen Partei Brasiliens drückte auch die Zuversicht aus, daß das kolumbianische Volk mit der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten an der Spitze, seinen Volkskrieg verstärken und erweitern wird.

Die Delegation der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten bekundete ihre Solidarität und Unterstützung für den Kampf des brasilianischen Volkes um die wahre Freiheit und Unabhängigkeit.

Die Kommunistische Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten verfolgt mit Freude den wachsenden Kampf des Proletariats in den Dörfern, des Volkes im allgemeinen und aller Demokraten und Patrioten Brasiliens gegen die faschistische Militärdiktatur und gegen die nordamerikanischen Herren. Sie begrüßt besonders die Erfolge des bewaffneten Kampfes der Partisanen von Araguaia und der Einwohner von Süd-Tara, die den Beginn des Volkskriegs in Brasilien ankündigen.

Die Delegation der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten drückt die Zuversicht aus, daß der glänzende Widerstandskampf der Partisanen im Süden von Tara sich weiter entwickeln wird und daß neue Araguaia in allen Teilen Brasiliens entstehen werden.

Die Völker Brasiliens und Kolumbiens sind Nachbarn und Brudervölker. Sie haben die gleichen Übel zu überwinden und sie kämpfen Schulter an Schulter gegen die gleichen Feinde, den Yankee-Imperialismus, den gemeinsamen Feind aller Völker Lateinamerikas.

Die beiden Delegationen stellen fest, daß der antiimperialistische und demokratische Kampf sich in ganz Lateinamerika vertieft und ausdehnt, daß die Lage für die Völker des Subkontinents günstig und für die Yankee-Herren ungünstig ist. Die Kommunistische Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten und die Kommunistische Partei Brasiliens unterstützen mit allen Kräften alle marxistisch-leninistischen Parteien Lateinamerikas und arbeiten für die marxistisch-leninistische Einheit auf dem Kontinent. Sie bekräftigen ihre Treue zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus. Sie bekunden ihre Bereitschaft, den Kampf gegen Imperialismus, Revisionismus und die Weltreaktion, für die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker, für den Triumph der Revolution und des Sozialismus gemeinsam fortzusetzen.

(Abdruck einer Sendung von Radio Tirana).

"PCFML"- "Die verbotene Partei ist auf der Strasse!"

Korrespondenz. Ich verbringe zur Zeit meinen Urlaub in Paris. Mein Freund arbeitet hier in einer Firma, die seit 7 1/2 Wochen bestreikt wird. Am 26. Juni hatten die Gewerkschaften zu einer Demonstration aufgerufen. Der Anlaß dazu war eine faschistische Provokation gegen die streikenden Arbeiter des „Kabelwerks Lyon". Bei einer Streikversammlung auf offener Straße war ein Faschist mit 100 Std/km in die Menge gefahren und hatte 9 Arbeiter verletzt, 2 davon sehr schwer. Einer der beiden liegt immer noch im Koma.

Plötzlich hörte man vom Ende der Demonstration andere Parolen als die der Gewerkschaften, sah man Bilder von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Tsetung, Bilder von den zwei in den letzten Jahren ermordeten französischen Revolutionären Paul Overney und Giles Tautin. Dazu die Rufe „PCFML", „die verbotene Partei ist auf der Straße."

Mein Freund und ich liefen in die Reihen der Revolutionäre und riefen die Parolen so gut es ging mit: „Französische und ausländische Arbeiter – eine Kampffront!", Parolen zur Solidarität mit dem Kabelwerk usw.

Plötzlich rannte ein Provokateur der Revisionisten in die Reihen der Revolutionäre und schlug auf einige Genossen ein. Doch blitzschnell bildeten die Genossen Ketten in den vorderen Reihen, sowie an den Seiten und am Ende. So wagten es die Revisionisten nicht, gleich wieder zuzuschlagen. Dann bildeten zwar auch die Revisionisten eine Kette, wagten jedoch auf dem offiziellen Demonstrationsweg, der von zigtausend Menschen umsäumt war, nicht, noch einmal zuzuschlagen.

Als dann der Abschlußplatz erreicht war, zogen sich die Genossen in geschlossenem Block zurück. Die Revisionisten verfolgten sie und plötzlich begannen einige von ihnen erneut eine Prügelei. Stöcke flogen, Fahnen wurden zerbrochen, ein Genosse wurde sehr schwer am Auge verletzt. **Wir haben dabei den Mut der französischen Genossen sehr bewundert. Sie wichen keinen Schritt zurück, und es gelang den Revisionisten nicht, obwohl sie zahlenmäßig viel stärker waren, einen einzelnen Genossen in ihre Hände zu bekommen.**

Kaum hatten sich die Genossen in alle Winde verstreut, als etliche Einheiten der CRS (mit dem BGS bei uns zu vergleichen) in Kampfausrüstung auftauchten. Es sah ganz so aus, als wären sie etwas zu spät gekommen. Aber die Revisionisten hatten ja an ihrer Stelle das Geschäft der Bourgeoisie gegen die Kommunisten besorgt.

Noch haben die Revisionisten das Vertrauen vieler Arbeiter. Aber gerade bei den anwachsenden Kämpfen hier in Frankreich werden immer mehr Arbeiter das sozialfaschistische Wesen der Revisionisten erkennen. Dazu hat ganz sicher auch dieser Tag, an dem unsere Bruderpartei in militanter Geschlossenheit gekämpft hat, beigetragen."

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA UND VIETNAM!

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA/ VIETNAM

Aus aller Welt

VIETNAM

Meldungen der Nachrichtenagentur „Befreiung" zufolge haben im Gebiet Saigon-Giadinh 384 verschiedene Fabriken und Betriebe ihre Arbeit aufgenommen. Von der revolutionären Verwaltung und der Befreiungsgewerkschafts-Union unterstützt, sind viele tausend Arbeiter in diesen Gebieten beschäftigt. In der Stadt hat die revolutionäre Verwaltung an die soeben heimgekehrten Bauern einige tausend Hektar Land verteilt. Außerdem haben die Bauern von den Distrikten in der Umgebung Saigon-Giadinhs einige hundert Hektar Neuland urbar gemacht.

KAMBODSCHA

Die Arbeit für den Wiederaufbau des Landes geht auch in Kambodscha weiter. Einheiten der Volksbefreiungsstreitkräfte arbeiten Schulter an Schulter mit den Bauern, um Dämme aufzuwerfen und Kanäle zu ziehen. Sie verrichten ferner verschiedene Arbeiten beim Reis-, Kartoffel-, Gemüse-, Bohnen- und Bananenanbau und anderes mehr. Gemeinsam mit dem Volk bessern die Kräfte der Befreiungsarmee rasch die Straßen zwischen Phnom Penh und den verschiedenen Provinzen des Landes aus. Neben der Ausbesserung der Straßen und Eisenbahnlinien wird auch eine gewaltige Arbeit geleistet, um die Schiffahrt wieder aufzunehmen.

PALÄSTINA

Die palästinensischen Partisanen führten Ende Juni einige weitere Aktionen gegen die israelische Besatzung durch. Wie die Nachrichtenagentur Wafa berichtet, legten sie Sprengstoff in einem israelischen Militärausbildungszentrum in Hebron, das fast restlos zerstört wurde. Auch bei einem Zusammenstoß mit einer israelischen Streife in der Nähe eines Kibuzzes in Obergaliläa mußte der Feind acht Soldaten auf dem Schlachtfeld zurücklassen.

SYRIEN

Vom 20. bis 23. Juni fand in Damaskus der Kongreß des Generalverbandes palästinensischer Bauern statt. In einer Erklärung des Verbandes vom 28. Juni heißt es, daß der Verband die palästinensischen Bauern innerhalb und außerhalb des besetzten Landes stärken und helfen wird, die Einheit der arabischen Bauernbewegung zu verwirklichen.

In der Erklärung heißt es weiter, daß der Kongreß große Achtung hat vor den palästinensischen revolutionären Massen und Bauern, die den Kampf in den besetzten Gebieten mit Gewehren und Sicheln vorangetrieben haben, ohne Furcht vor Gefangennahme und Terror der Zionisten. Der Kongreß versichert, mit ihnen zu kämpfen bis zur völligen Befreiung Palästinas und der Errichtung eines demokratischen Staates.

ARGENTINIEN

Gegen ein Gesetz der argentinischen Regierung, daß die Löhne der Werktätigen maximal um 50% erhöht werden dürfen, haben die argentinischen Werktätigen einen machtvollen Sieg errungen. Das Gesetz richtete sich gegen Lohnerhöhungen bis zu 120%, die die Arbeiter erkämpft hatten. Angesichts der enorm hohen Preissteigerungen war der Kampf der Werktätigen gegen dieses Gesetz eine Lebensnotwendigkeit. Mit einem totalen Generalstreik erzwangen die Werktätigen trotz schwerster Unterdrückung, unter der sie zu kämpfen haben, daß die Regierung das Gesetz für ungültig erklären mußte. Der Kampfesmut und die Entschlossenheit der argentinischen Volksmassen, der schweren Unterdrückung ein Ende zu setzen, ist durch diese breite Kampfaktion noch mehr gestärkt worden.

Es lebe der siegreiche Kampf der Völker für nationale Unabhängigkeit



KOMORENINSELGRUPPE

In einer einseitigen Erklärung haben die Vertreter des Volkes der Komoreninselgruppe die Unabhängigkeit ausgerufen. Die Inselgruppe, die im Norden zwischen Mosambik und der Insel Madagaskar liegt und von 300 000 Menschen bewohnt wird, stand mehr als 100 Jahre unter der Kolonialherrschaft Frankreichs.

Aufgrund der starken Bewegung der Bevölkerung der Komoren für die Unabhängigkeit sahen sich die französischen Imperialisten im Dezember letzten Jahres gezwungen eine Volksbefragung über die Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft durchzuführen. 93% der Bevölkerung stimmten bei diesem Referendum für die Unabhängigkeit. Doch die französischen Imperialisten dachten gar nicht daran, sie dem Volk auf den Komoren anschließend auch zu gewähren. Am 30. Juni dieses Jahres erklärte das Parlament in Paris, daß die Inselgruppe erst „auf lange Sicht" die Unabhängigkeit erhalten sollte.

Das Volk von den Komoren aber hat die Konsequenzen gezogen und den Manövern der französischen Imperialisten einen Strich durch die Rechnung gemacht, indem es selbständig die Unabhängigkeit ausrief. Aber auch jetzt noch versuchen die französischen Imperialisten die Inselgruppe zu spalten und zumindest die wohl reichste Insel der Gruppe, Mayotte, weiterhin an Frankreich zu ketten. Das Volk aber wird das nicht hinnehmen, sondern vollständig sein Recht auf nationale Unabhängigkeit erkämpfen.



KAPVERDISCHE INSELN

Am 5. Juli verkündete die neugewählte Nationalversammlung der Kapverden, deren Mitglieder der Befreiungsorganisation PAIGC angehören, die Unabhängigkeit der Kapverdischen Inseln und beschloß die Einheit der Inseln mit Guinea Bissao, mit dem bereits zuvor der Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus gemeinsam geführt worden war.

Die Befreiung vom portugiesischen Kolonialismus ist das Ergebnis eines zehnjährigen bewaffneten Kampfes unter der Führung der PAIGC, der ruhmreichen Partei Amilcar Cabrals, den die Imperialisten am 20. Januar 1973 heimtükkisch ermorden ließen. Aber dieser Meuchelmord konnte den Vormarsch des Volkes unter Führung seiner revolutionären Partei nicht aufhalten. Alle möglichen Manöver versuchten die US-Imperialisten, um die Kapverden als Kolonie zu halten, denn die Inseln, die der US-Imperialismus als Stützpunkt benutzte, haben für die Imperialisten wichtige strategische Bedeutung. Aber der Kampf des Volkes unter der Führung der PAIGC zerschlug all diese Komplotte.

Unter der Losung „Einheit – Kampf – Wachsamkeit" reihen sich die Völker Guineas und der Kapverden ein in die Einheitsfront der Länder der Dritten Welt gegen Hegemonismus und Neokolonialismus.

INSELGRUPPE SAO TOME

Nach mehr als 500 Jahren Fremdherrschaft durch die portugiesischen Kolonialisten erlangte die Inselgruppe Sao Tome am 12. Juli die Unabhängigkeit. Die Bevölkerung der Inselgruppe, die 280 Kilometer vor der Westküste Afrikas liegt und von 70 000 Menschen bewohnt wird, hatte einen langwierigen Kampf gegen die portugiesischen Kolonialisten geführt, so daß diese sich nach dem Sturz des Caetano-Regimes gezwungen sahen, der Inselgruppe die nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu gewähren.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38.5 Meter
Im Sommer	26.2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.



32 Meter entspricht 9.26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

Kämpfe in Frankfurt und Köln

Gegen Polizeiterror und Fahrpreiserhöhungen

Nachdem bereits die Bevölkerung von Heidelberg in mutigen Kämpfen gegen die Polizei, gegen die erneute Erhöhung der Fahrpreise protestierte, kam es am letzten Wochenende auch in Köln und Frankfurt zu Demonstrationen gegen weitere Preissteigerungen im öffentlichen Nahverkehr. In Frankfurt ist es erst ein Jahr her, seit die Fahrpreise zum letzten Mal stiegen. Die Fahrscheine wurden damals um 33 bis 233% teurer. Damals mußte als Begründung der neue Verkehrsverbund herhalten, der bestimmte Fahrten mit der Eisenbahn in den Nahverkehrstarif einschloß. Jetzt fordert die Stadt erneut 25-30% mehr Geld von den Werktätigen. Diesmal heißt die Begründung: das Defizit im Stadthaushalt müsse gestopft werden. Die Empörung der Bevölkerung über diese erneute Ausplünderungsmaßnahme durch die Stadt ist groß.

Die Werktätigen sind immer weniger bereit, die „Argumente" zu akzeptieren, mit denen die Städte ihre Preissteigerungen für die kommunalen Einrichtungen begründen. Denn es ist gerade in den letzten Jahren immer offensichtlicher geworden, daß die Stadthaushalte nicht nur ein Faß ohne Boden sind, sondern zwar von den Werktätigen reichlich nehmen, aber offensichtlich anderen als ihnen geben. Denn wo man auch hinschaut, von der Müllabfuhr bis zu den städtischen Krankenhäusern, wird die Lage für die Werktätigen nicht besser, sondern schlechter. Wem es dagegen besser geht, sieht man auch: den Kapitalisten, ihrem Verwaltungsapparat, der immer mehr anwächst, ihrer Polizei, ihrer Justiz. Der kapitalistische Staat und auch seine Kommunen sind eben nicht für die „Wohlfahrt" der Werktätigen da, sondern für die Wohlfahrt der Kapitalistenklasse, die sie mit seiner Hilfe ausplündert und unterdrückt.

Mit welchem Terror der Staatsapparat gegen die Bevölkerung vorgeht, die sich gegen die Preistreiberei zur Wehr setzt, ist noch aus dem letzten Jahr in guter Erinnerung, als ein Wasserwerfer den Schüler Thomas Hytrek überfuhr und lebensgefährlich verletzte. Auch in diesem Jahr verbot die Polizei wie schon im letzten Juni Demonstrationen auf der Zeil, der Haupteinkaufsstraße Frankfurts. Trotzdem fanden dort Kurzkundgebungen und kurze Demonstrationen der Partei und der GRF (KPD) statt. Am Samstag wurden an der Haltestelle Konstablerwache kurzfristig die Schienen besetzt. **Die Blockade der Schienen wurde 10 Minuten lang gegen die auffahrenden Wasserwerfer der Polizei gehalten.** Sieben Genossen wurden dabei festgenommen.

Auch bei den Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen in Köln kam es zu brutalen Einsätzen der Polizei gegen Jugendliche, die die Schienen blockierten. 40 Demonstranten wurden am letzten Freitag festgenommen. Darunter 12- und 13jährige Kinder, die vom Schwimmen gekommen waren. Erst abends konnten ihre Mütter sie von der Wache abholen – nachdem sie erkennungsdienstlich behandelt worden waren.



Polizeieinsatz bei den Fahrpreisdemonstrationen in Heidelberg.

Am Samstag fanden erneute Demonstrationen statt. Nachdem der Kommunistische Arbeiterbund es abgelehnt hatte, in der Stadt zu demonstrieren, bildet sich eine Aktionseinheit der Partei mit der GRF (KPD). Rund 200 Menschen demonstrieren zunächst in der Schildergasse – als die Polizei anrückt, wird die Demonstration aufgelöst. Sie formiert sich erneut am Friedensplatz, wo die Polizei Genossen Bruno Engel, den Vorsitzenden der Liga gegen den Imperialismus, brutal zusammenschlägt. **Bei dem nächsten Treff wurde die Polizei überrascht. Die Straßenbahnkreuzung wurde blockiert und es gelang, einen halben Kilometer über die Schienen zu demonstrieren.** Obwohl sich auch hier die Demonstration auflöst, als die Polizei anrückt, wurden doch 5-10 Personen festgenommen.

Diese Demonstrationen fanden Sympathie bei der Bevölkerung, besonders unter der Jugend. 50-100 Jugendliche schlossen sich der Demonstration an und erklärten, sie würden auch weiter gegen die Fahrpreiserhöhungen kämpfen. Aber auch viele ältere Menschen ermunterten die Demonstranten durch Zurufe wie: „Das ist richtig. Man muß was dagegen machen."

Polizeiterror in Frankfurt

Giftgas gegen Kinder

Fortsetzung von Seite 1

ge: „Das hat wie wild gebrannt." Anneliese Sch. (60) kam zufällig vorbei. **Ihre Beobachtung: „Ein Polizist hat aus kurzer Entfernung in eine Gruppe, in der auch Kinder standen, gespritzt. Dafür gab es überhaupt keinen Grund."**

Die Sozialarbeiter ermittelten am nächsten Tag 13 Kinder, die durch das Tränengas verletzt wurden. Auch einige von ihnen selbst wurden verletzt. So wurde der 29-jährige Sozialarbeiter Hans M. von der Chemischen Keule so schwer unter dem Arm und am Hinterkopf getroffen, daß er zusammenbrach.

Die sieben Betreuer (Sozialarbeiter und Studenten) wurden dann von den Polizisten in einen Mannschaftswagen geschleift. Durch das aus ihren Kleidern ausströmende Tränengas wurden sie halb bewußtlos – trotzdem durften sie die Fenster nicht öffnen. Voll Wut und Empörung bewarfen die Kinder die Polizisten mit Sand. Einige Jugendliche versuchten, die Betreuer aus dem Polizeiwagen zu befreien. (In der Stellungnahme der Polizei liest sich das später als „tätliche Angriffe aus der Menge".)

In dieser Stellungnahme rechtfertigt die Polizei zynisch den brutalen Einsatz. Polizeisprecher Kraus: „Bedauerlicherweise (!) wurden auch Kinder von den Tränengaswolken eingenebelt. Aber so was ist immer noch besser als der Einsatz mit Gummiknüppeln."

Die Augenzeugen dieses Polizeieinsatzes wissen, was es mit diesem „bedauerlicherweise" auf sich hat. Es ist eine Lüge. Die Stellungnahme der Polizei besagt nichts anderes, als daß die Polizei gegen jeden aus dem Volk vorgeht, der sich für seine Interessen einsetzt. Auch wenn er erst 10 oder 11 Jahre alt ist wie die Kinder aus der Marburger Straße in Frankfurt. Für die Polizei stellt sich nur das Problem, mit welchen Waffen sie am „zweckmäßigsten" gegen das Volk vorgehen soll. Die Chemische Keule aber ist eine äußerst gefährliche Waffe.

Das Gasgemisch CN, das hierbei benutzt wird, hat bereits in einer Konzentration von 0,85 mg/cbm eine gesundheitsschädliche Wirkung und ist tödlich ab 11 mg/cbm. Sogar die Herstellungsfirma stellt fest: „Der Tränengasprojektor kann zu schweren Verletzungen führen ..." Ärzte fordern deshalb ein generelles Verbot. Bis Ende 1973 war der Einsatz dieses Gases in Frankfurt auch offiziell verboten. Dann aber wurde es als „Notwehrwaffe" gegen „gefährliche Verbrecher" zugelassen. Inzwischen besitzt allein die Frankfurter Polizei 1 500 dieser Tränengaspistolen. Die „gefährlichen Verbrecher", die „in Notwehr" davon verletzt wurden, waren Demonstranten gegen Fahrpreiserhöhungen, Demonstranten gegen den § 218 – und jetzt Kinder, die kämpften, um den nächsten sicheren Verkehrsunfall auf der Marburger Straße zu verhindern.

Der brutale Polizeieinsatz hat breite Empörung hervorgerufen. Vielen hat das brutale Vorgehen der Polizei die Augen geöffnet – nicht nur über die Kinderfeindlichkeit des Systems, sondern auch darüber, daß die Polizei eine Knüppelgarde des kapitalistischen Staatsapparates gegen das Volk ist.

Sogar die „Frankfurter Rundschau" mußte am 11. 7. 75 einen Leserbrief einer Frau veröffentlichen, in dem es am Schluß heißt:

„... *Dieses Mal hat die Frankfurter Polizei offensichtlich Schwierigkeiten, ihren Einsatz mit dem Treiben ‚linker Chaoten' zu begründen, und es wird deutlich, gegen wen sich derartige Polizeieinsätze wirklich richten: gegen die Bevölkerung, die ihre berechtigten Interessen zum Ausdruck bringt. Dabei sind sich diese Herren noch nicht einmal zu schäbig, nun auch schon gegen Kinder in brutaler Weise vorzugehen.*"

Kommentar

Als eine Bürgerkriegsarmee gegen das Volk erlebte die Frankfurter Bevölkerung Anfang Juli die Polizei. Die Waffe selbst, die die Polizei gegen die Kinder einsetzte, widerlegt die demagogischen Behauptungen, daß es sich hier um „Ausrutscher" einiger Beamter gehandelt habe.

Die Chemische Keule und auch der Pepper Fog, die in Heidelberg gegen die Fahrpreisdemonstranten eingesetzt wurden, sind Waffen für den Krieg gegen das Volk. So preist der Polizeiexperte Stammel in seinem Buch „Polizeiwaffen – heute und morgen" solche Tränengaswaffen in dem Kapitel „Gewalttätiger Aufruhr" folgendermaßen an: „Dieses Universal-Gerät, der Pepper Fog Tear Smoke Generator ..., hat sich innerhalb der letzten beiden Jahre bei Massenaufruhr und bei Häuserblock-Barrikadenbesetzungen geradezu phänomenal bewährt. Es ist einfach unglaublich, welche Unmassen an Reizstoff-Nebel ein mit diesem Gerät bewaffneter Polizist verbreiten kann."

Das sind deutliche Worte darüber, zu welchem Zweck die Polizei Waffen wie die Chemische Keule und den Pepper Fog einsetzen soll und wird: auf gar keinen Fall gegen Kriminelle. Auch nicht gegen einzelne Revolutionäre, die mit individuellem Terror gegen den kapitalistischen Staat kämpfen, sondern gegen „Massenaufruhr", wie wir ihn bei den Streiks 1973, bei Kämpfen gegen Fahrpreiserhöhungen im Nahverkehr, in Wyhl usw. erlebt haben.

Die Werktätigen haben sich weder bei den Streiks 1973 noch bei den Fahrpreisaktionen zuletzt in Heidelberg, Frankfurt und Köln einschüchtern lassen. Sie haben ihre Interessen verfochten – mit Gewalt.

Die Bourgeoisie weiß, es wird nicht bei einigen Tausend bleiben, die mit revolutionärer Gewalt für ihre Interessen kämpfen und es wird nicht bei einem Kampf für relativ kleine und begrenzte Ziele bleiben. Es wird mit Sicherheit zu einer erneuten revolutionären Situation kommen, wie es schon mehrere Male in der deutschen Geschichte der Fall war.

Um die Aufrüstung der Polizei gegen solche revolutionären Massenkämpfe geht es bei dem „Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz", das Ende Juni von der Bundesinnenministerkonferenz verabschiedet wurde.

Dieser Entwurf sieht im Unterschied zu den bisherigen Polizeigesetzen vor:

1. Den „gezielten tödlichen Schuß" und den Einsatz der Schußwaffe immer dann, wenn er „das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr" ist; auch dann, wenn das Leben Unbeteiligter in Gefahr ist;

2. Den Einsatz von Maschinengewehren und Handgranaten, wenn der Gegner „entsprechend" ausgerüstet ist und herkömmliche Waffen erfolglos geblieben sind.

Sogar bürgerliche Kritiker dieses Gesetzesentwurfs stellen fest, daß auf dieser Grundlage der Polizist ein „Soldat" wird. Tatsächlich bildet dieses Gesetz die legale Handhabe für einen blutigen Krieg gegen das Volk. Und wenn die Bourgeoisie noch so oft von „Übergriffen" und Einzelfällen" sprechen mag. Dieser Gesetzesentwurf ist selbst ein Beweis dafür, daß die Polizei tatsächlich nichts anderes ist als eine bewaffnete Armee, mit der die Kapitalistenklasse ihre wirtschaftliche und politische Macht gegen das Volk verteidigt. Angesichts dieses Gewaltapparates der Kapitalistenklasse aber muß jeder Versuch der Arbeiterklasse, sich von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, scheitern, wenn er nicht auf gewaltsamem, revolutionärem Weg vor sich geht und von einer starken, einheitlichen kommunistischen Partei geführt wird.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26
hiermit bestelle ich

ROTER MORGEN

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname. ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.......... Unterschrift..........

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen. 29/75

Parteibüros der KPD/ML

Zentrales Büro und Landesverband (LV) NRW
Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 41 13 50. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

LV Wasserkante
Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/ 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen
Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511/ 44 15 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest
Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg
Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

LV Bayern
München 2, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Westberlin
Wedding (65), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17.30-19, Sa. 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-19, Sa. 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30 Sa. 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b, Öffnungszeiten: Di. und Do. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bernhard-Ernst-Str. 5, (im Hof), Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 11-14 Uhr.

SOEBEN ERSCHIENEN:

Rote Hilfe

46 Jahre Gefängnis ohne Bewährung für 17 Genossen

- Die Solidarität läßt sich nicht verbieten!
- Klassenjustiz im RAF-Prozeß
- Freiheit für die 5 türkischen Patrioten in Köln
- Fotos für die Kremlzaren
- Bericht aus der DDR

ABONNIERT DIE ZEITUNG DER ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS!

Abonnementspreis für 1 Jahr:
Einzelabo: 10 DM (einschl. Porto)
Ab 5 Stück: 6 DM je Abo, zuzüglich Porto.

Bestellungen bitte an:
ROTE HILFE DEUTSCHLANDS
46 Dortmund
Dorstfelder Hellweg 22

RADIO TIRANA
Ausgewählte Sendungen

NR. 5 ERSCHIENEN
Erscheint 14-tägig
Einzelheft: 2 DM
Vierteljahresabonnement: 12 DM

Zu bestellen bei:
ROTFRONT-VERLAG
23 Kiel 1, Postfach 3746

Den Betrag für das Vierteljahresabonnement bitte auf das Bankkonto bei der Kieler Spar- und Leihkasse Nr. 850 060 überweisen.

SOEBEN ERSCHIENEN:
Auszug aus
ROTER MORGEN 27/75
Rede des Genossen ERNST AUST
VORWÄRTS AUF DEM WEG ZUR EINHEIT DER MARXISTEN-LENINISTEN
Preis: 0,30 DM

Bestellungen an:
Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26